

# VOLKSWACHT.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Postzeitungsliste  
Nr. 5540.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Kunert, Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Postzeitungsliste  
Nr. 5540.

Sonntag, 15. Februar 1891.

Die „Schlesische Volkswacht“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post, durch Colporteurs zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf.

Die „Schles. Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Inseratenpreis für die 5 gespaltene Petitzeile beträgt 20 Pf.

## Randglossen

zum Programm der deutschen Arbeiterpartei.

Von Karl Marx.

IV.

Ich komme jetzt zum demokratischen Abschnitt.

A. „Freiheitliche Grundlage des Staats.“

Zunächst erstrebt die deutsche Arbeiterpartei „den freien Staat.“

Freier Staat — was ist das?

Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand los geworden, den Staat frei zu machen. Im Deutschen Reich ist der „Staat“ fast so „frei“ als in Rußland. Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch häufig sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maß, worin sie die „Freiheit des Staats“ beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei — wenigstens, wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht, — zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen; indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und es gilt das von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staats (oder künftigen für künftige Gesellschaft zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbstständiges Wesen behandelt, daß seine eigenen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt.

Und nun gar der wüste Mißbrauch, den das Programm mit den Worten „heutiger Staat“, „heutige Gesellschaft“ treibt, und den noch wüsteren Mißverständnis, den es über den Staat anrichtet, an den es seine Forderungen richtet!

Die „heutige Gesellschaft“ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger von mittelalterlichem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der „heutige Staat“ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preussisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. „Der heutige Staat“ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von „heutigem Staatswesen“ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die den jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Worte Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

Das Programm nun hat es weder mit letzterer

zu tun, noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.

Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der alten weltbekanntem demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr etc. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes. Es sind lauter Forderungen, die, soweit sie nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits realisiert sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenzen, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten etc. Diese Sorte „Zukunftsstaat“ ist heiliger Staat, obgleich außerhalb „des Rahmens“ des Deutschen Reichs existirender.

Aber man hat eins vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb „des heutigen nationalen Staats“, also ihres Staats, des preussisch-deutschen Reichs, zu bewegen — ihre Forderungen wären ja auch größtenteils sinnlos, da man nur fordert, was man nicht hat — so dürfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich, daß alle jene schönen Säckelchen auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer demokratischen Republik am Platze sind.

Da man (nicht in der Lage ist) — und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht — die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und unter Louis Napoleon taten — so hätte man auch nicht zu der . . . Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes, als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmelter, polizeilich geschützter Militärdespotismus ist . . .

Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist — selbst sie steht noch berghoch über solcher Art Demokratie innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Un-erlaubten.

Daß man in der Tat unter „Staat“ die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft besondern, eigenen Organismus bildet, zeigen schon die Worte: „die deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirtschaftliche Grundlage des Staats: eine einzige progressive Einkommensteuer etc.“ Die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. In dem in der Schweiz existirenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt. Einkommensteuer jetzt die verschiedenen Einkommensquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges, daß die Financial-Reformers von Liverpool — Borgeois mit Gladstone's Bruder an der Spitze — dieselbe Forderung stellen, wie das Programm.

B. „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staats:

1. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht, unentgeltlichen Unterricht.“

Gleiche Volkserziehung? Was bildet man sich unter diesen Worten ein? Glaubt man, daß in der heutigen Gesellschaft (und man hat nur mit der zu

tun) die Erziehung für alle Klassen gleich sein kann? Oder verlangt man, daß auch die höheren Klassen zwangsweise auf das Modikum Erziehung — der Volksschule reduziert werden sollen, das allein mit den ökonomischen Verhältnissen nicht nur der Lohnarbeiter, sondern auch der Bauern verträglich ist?

„Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht.“ Die erste existiert selbst in Deutschland, das zweite in der Schweiz und den Vereinigten Staaten für Volksschulen. Wenn in einigen Staaten der letzteren auch höhere Unterrichtsanstalten „unentgeltlich“ sind, so heißt das faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel hestreiten. Nebenbei gilt dasselbe von der unter A 5 verlangten „unentgeltlichen Rechtspflege.“ Die Kriminaljustiz ist überall unentgeltlich zu haben; die Ziviljustiz dreht sich fast nur um Eigentumskonflikte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volksäckels ihre Prozesse führen?

Der Paragraph über die Schulen hätte wenigstens technische Schulen (theoretische und praktische) in Verbindung mit der Volksschule verlangen sollen.

Ganz verwerflich ist eine „Volkserziehung durch den Staat.“ Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizierung des Lehrpersonals, die Unterrichtszweige etc., und, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, durch Staats-Inspektoren die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften überwachen, ist etwas ganz anderes, als den Staat zum Volkserzieher zu ernennen! Vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen. Im preussisch-deutschen Reich nun gar (und man helfe sich nicht mit der faulen Ausflucht, daß man von einem „Zukunftsstaat“ spricht; wir haben gesehen, welche Demamandis es damit hat) bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk.

Noch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalle'schen Sekte an den Staat verpestet, oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernem, Wunderglauben.

„Freiheit und Wissenschaft“, lautet ein Paragraph der preussischen Verfassung. Warum also hier!

„Gewissensfreiheit!“ Wollte man zu dieser Zeit des Kulturkampfes dem Liberalismus seine alten Stichworte zu Gemüt führen, so konnte es doch nur in dieser Form geschehen: Jeder muß seine religiösen . . . (Bedürfnisse verrichten können, ohne daß die Polizei ihre Nase hineinsteckt. Aber die Arbeiterpartei mußte doch bei dieser Gelegenheit ihr Bewußtsein darüber aussprechen, daß die bürgerliche „Gewissensfreiheit“ nichts ist außer der Duldung aller möglichen Sorten religiöser Gewissensfreiheit, und daß sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt. Man beliebt aber das „bürgerliche“ Niveau nicht zu überschreiten.

Ich bin jetzt zu Ende gelangt, denn der nun im Programm folgende Anhang bildet keinen charakteristischen Bestandteil desselben. Ich habe mich daher hier ganz kurz zu fassen.

2. „Normalarbeitstag.“

Die Arbeiterpartei keines anderen Landes hat sich auf solch unbestimmte Forderung beschränkt, sondern stets die Länge des Arbeitstages fixiert, die sie unter den gegebenen Umständen für normal hält.



3. Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.

Die Normirung des Arbeitstages muß die Beschränkung der Frauenarbeit schon einschließen, so weit sie sich auf Dauer, Pausen u. des Arbeitstages bezieht, sonst kann sie nur Ausschluß der Frauenarbeit aus Arbeitszweigen bedeuten, die speziell gesundheitswidrig für den weiblichen Körper oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sind. Meinte man das, so mußte es geiaut werden.

„Verbot der Kinderarbeit!“ Hier war absolut notwendig, die Altersgrenze anzugeben.

Allgemeines Verbot der Kinderarbeit ist unverträglich mit der Existenz der großen Industrie und daher leerer frommer Wunsch.

Durchführung desselben — wenn möglich — wäre reaktionär, da bei strenger Regelung der Arbeitszeit nach den verschiedenen Altersstufen und sonstigen Vorsichtsmäßigkeiten zum Schutz der Kinder, frühzeitige Verbindung produktiver Arbeit mit Unterricht eines der mächtigsten Umwandlungsmittel der heutigen Gesellschaft ist.

4. Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie.

Gegenüber dem preussisch-deutschen Staat war bestimmt zu verlangen, daß die Inspektoren nur gerichtlich absehbar sind; daß jeder Arbeiter sie wegen Pflichtverletzung den Gerichten denunzieren kann; daß sie dem ärztlichen Stand angehören müssen.

5. Regelung der Gefängnisarbeit.

Reinliche Forderung in einem allgemeinen Arbeiterprogramm. Jedenfalls mußte man klar aussprechen, daß man nicht aus Konkurrenzneid die gemeinen Verbrecher wie Vieh behandelt wissen und ihnen namentlich nicht ihr einziges Besserungsmittel, produktive Arbeit, abschneiden will. Das war doch das geringste, was man von Sozialisten erwarten durfte.

6. Ein wirksames Haftgesetz.

Es war zu sagen, was man unter „wirksamem“ Haftgesetz versteht.

Nebenbei bemerkt, hat man beim Normalarbeitstag den Teil der Fabrikgeißelung übersehen, der Gesundheitsmaßregeln und Schutzmittel gegen Gefahr u. betrifft. Das Haftgesetz tritt erst in Wirkung, sobald diese Vorschriften verletzt werden . . .

Dei et salvavi animam meam.

(Ich habe gesprochen und meine Pflicht erfüllt.)

Berliner Brief.

VIII.

Wir stehen augenblicklich im Zeichen der Krisen. Eine Krisis hat es im Generalsstabgebäude gegeben.

Graf Waldersee hat seinen Platz geräumt und ist zum Kommandeur des Schleswig-Holsteinischen Armeekorps „avancirt“.

In seine Stelle wird wahrscheinlich der Graf Schlieffen treten.

Eine Krisis hat es gegeben in Altona, wo der General v. Leszczynski vom Commando des IX. Armeekorps zurücktreten mußte, vermutlich, weil er sich allzu-

weit mit der alten „Raketenliste“ in Friedrichsruh gezeigt hatte.

Eine Krisis herrscht ferner im Kultusministerium. Wie es heißt, wird sich der Chef des Zivilkabinetts des Kaisers, Herr v. Lucanus, auf dem Ministerstuhl niederlassen, den Herr v. Gögler zu verlassen im Begriff steht. Unter den Ministern wäre er der fünfte, welcher seit dem ominösen 18. März v. J. abgewirtschaftet hat: Bismarck, Lucius, Werdy du Vernois, Scholz, Gögler.

„Das Alte fällt, es ändert sich die Zeit“, daß aber neues Leben aus den Ruinen wüchse, kann man gewiß nicht behaupten. Personenveränderungen! — Das System bleibt das alte, der Kurs ist wesentlich derselbe wie früher. — Im Gegensatz zu den genannten hohen Würdenträgern zeigt sich der Eisenbahnminister fester wie der Fels im Meere. Aber auch dieser Felsen kann über Nacht stürzen, wie so mancher vor ihm, von welchem es Niemand so schnell erwartet hat. In der That wirkt eine Reihe von Umständen darauf hin, auch den Herrn v. Mangsch zu Fall zu bringen. Vor allem wird ihm seine Sparsamkeit in Bezug auf Neuananschaffung von Eisenbahnmaterial ein Bein stellen. Das gewalttätige Sparsystem des Eisenbahnministers, welches jetzt dahin führt, daß man durch eine Kapitalbeschaffung die Mittel für Ergänzungsmaterial decken muß, welche aus den jährlichen Betriebsüberschüssen hätten entnommen werden müssen, welches ferner dahin führte, daß einzelne wichtige Industriezweige jahrelang brach lagen und nun in übertriebenem Maße in Anspruch genommen werden müssen, kann ziffernmäßig illustriert werden.

Nach einer der Deffentlichkeit zur Verfügung gestellten Statistik hätten in den Jahren 1877/78 bis 1888/89 im Ganzen 3348 Lokomotiven austrangirt und durch neue ersetzt werden müssen. Es wurden aber nur 1103 Stück angeschafft, so daß noch 2245 Stück zur Ausschreibung gelangen müßten, während neuerdings nur von einem Lokomotivneubedarf von höchstens 1500 Stück die Rede ist.

Obgleich nach der angestellten Berechnung diese Stückzahl um 745 kleiner ist als sie sein sollte, so repräsentirt sie doch ein ganz gewaltiges Arbeitsquantum, welches die sämmtlichen 9 Lokomotivfabriken Preußens fast volle 2 Jahre zu beschäftigen im Stande ist — nota bene, wenn es der Herr v. Mangsch nicht wieder vortzieht, die 1500 Lokomotiven im Auslande herstellen zu lassen, wie jüngst 800 Waggons, deren Anfertigung in Preußen manchem beschäftigungslosen Arbeiter Brot gewährt hätte.

Herr v. Mangsch formulirte einst im Reichstage sein Programm dahin, daß die Staatsbahnen keine meikende Rub für die Finanzen seien, daß vielmehr die wirtschaftlichen Vorteile im Vordergrund stehen sollten. Es lebe die Phrase! — Also, fängt es über kurz oder lang auch im Arbeitsministerium an zu kriseln, wir sind nicht böse, sondern rufen: Vivat sequens, d. h. der nächste abywirtschaftende Minister lebe hoch! —

. . . . . t.

Deutschland.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

- Pantow 10,—. 6. Berliner Wahlkreis, Rosenthaler Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen 80,70. 6. Berliner Wahlkreis, Oranienburger Vorstadt 113,40. Wahlkreis Lennep-Mettmann 86,50. 5. Berliner Wahlkreis 50,—. C. F. —, 30. Freiburg i. S. 3,—. Witten a. L. 12,80. Arbeiter der Simon'schen Schuhfabrik, Hamburg 38,35. Spang 1200,—. Weglar-Gleiberg 6,95. Capen 20,—. Burg b. Magdeburg 50,—. Frankenhäusen i. Th. 12,—. Neval (Rugland) 14,25. M. 3, Breslau 10,—. Berliner Genossen 7814,15. M. 2. 643,40. J. 2. 2253,25. Genossen Leipzig-Neustadt 47,—. G. Sch., Berlin 6,50. U's Rentensteuer 1020,—. Hannover 300,—. 15. sächsischer Wahlkreis 25,—. Von einer amerik. Aktion bei Lips, Berlin, 25,57. Neubrandenburg 10,—. Uchersleben Literaturvertrieb d. R. G. u. R. G. 30,05. Nürnberg 300,—. „Prozeß“ Berlin 40,—. Bernburg 20,—. Wahlkreis Offenbach-Dieburg 25,—. Wandebred 20,—. Berlin 6. Wahlkreis, „Musik“, 52,80. Ueberschuß einer Verloojung von Lafalle-Büde, Berlin, 4,60. Liste 581, Berlin, 5,20. Liste 582, Berlin, 12,—. Rote Teufel, Berlin, 11,35. B. B. Rest 9097,—. D. 3., Berlin, 411,—. Neudamm 1,50. Elberfeld 500,—. In der Expedition des „Vorwärts“ aus Berlin abgeliefert 18,10. Kellinghusen 25,—. Trebbin 2,—. Trebbin 8,—. Christbaum-Verloojung auf der „See“ bei Hohenstein-Ernstthal 12,05. G. v. B., Brebes auf Java 47,50. Augsburg 6,—. 4. Wahlkreis Berlin 113,15. Im 4. Wahlkreis Berlin, gesammelt durch Ord. 100,—. Sylvesterfeier durch 3. Berlin 3,50. P. Scr., Rixdorf 1,—. Bant 200,—. Neu-Jensenburg 15,—. Die vier Alten, Berlin 27,75. Rabenau 3,—. Dresden 2, 8,—. Auktionserlös für einen Maskenanzug Berlin 5,—. Für einen Wandkalender von den lustigen Sängern aus der Blumenstraße, Berlin 6,—. Durch L. D., Skalißerstraße, Berlin 4,—. Ueberschuß der Delegirten-Wahl im dritten Wahlkreis Berlin 68,90. Freiwillige Beiträge, III. W. Berlin 100,—. Auktion amerikanischer Zeitungen d. Klemper, Askani. Platz, Berlin 3,10. Staßfurt 25,—. Mühlheim a. R. 25,—. Gera 50,—. Ramenz 10,—. Cl. C. Berlin 25,—. Wuzgen 10,—. Bremen 150. 1. Wahlkreis Berlin 1000,—. 12. und 13. sächsischer Wahlkreis Leipzig Stadt und Land 1000,—. 4. Berliner Wahlkreis SO 77,69. Ueberschuß von einem Unfall durch Liste 579, 3,40. VI. Berliner Wahlkreis, Oranienburger Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen 168,70. W. Berlin 1,50. Jittau, alte Garde d. C. R. 20,—. Reichstags-Wahlkreis Altenburg 50,—. S. B. 50,—. B. B. 150,—.

Bergmanns-Loos.

Erloschen ist der Sonne Strahl, Und draußen farrt und tobt der Winter, Der Bergmann fährt zum letzten Mal Sein Weib und seine lieben Kinder. Dann greift nach seinem Werkzeug er, „Die Stunde ruft, ich muß von hinnen“, — Es scheint der Abschied wird ihm schwer — „Schlaft süß, ich muß die Schicht beginnen.“

Hinaus dann in die kalte Nacht, Es knirscht der Schnee bei seinem Tritte, Und doch, er lenkt, schon nah dem Schacht, Noch einen Blick zurück zur Hütte. „Schlaft süß! — Mir ist um's Herz so bang! — Laßt Euch nicht böse Träume schrecken. — Es währt die Nachtschicht ja nicht lang, Ich hoff' Euch morgen laust zu wecken!“

Und nun hinab, es drängt die Not! Ihr Schaffen! Alles sonst vergessen, Damit nicht von der Meinen Brot Die Echnabzüge gierig freßen.“ — — Doch wird das Atmen ihm so schwer, — Es wird ihm fast die Brust zu enge — — Das ist der alte Schacht nicht mehr! Unheimlich schleicht es durch die Gänge!

Der Bergmann frunt dies Nachtgespenst, — Er weiß, der Tod ist angefahren! Auf Kamerad, wenn Du es kennst, So fleh, Der: „Leben Dir zu wahren!“ Ja, fleh'n. — Zu spät! — Es bebt der Schacht! Der Donner tollt, die Wetter blitzen! O Weib und Kinder, — gute Nacht — — Mein Arm wird immer Euch beschützen!“

Swar wußt er sich zu Boden schnell. — Doch hat er nimmer sich erhoben. . . . Als wieder schien die Sonne hell. fährt seine Leide man nach oben. Und seine Lieben harzten bang, „Noch glaubend nicht an das Verderben — Es währt die Nachtschicht ja nicht lang“ — — Das ist des Proletariats Sterben. Max Hegel.

Nach dem Morde.

Aus dem Französischen übersezt von Armin vom Launus. I.

Es war am äußersten Ende des Dorfes. Ein Fenster wurde plötzlich geöffnet und ein Mann mit bleichem Gesichte, nierend Augen und trampfhaft zuckenden Lippen kam darin zum Vorschein; seine Hand war mit einem Messer bewaffnet, von dem Blut abtropfte. Er warf einen Blick auf die ruhige Landschaft, sprang dann zu Boden und lief durch die Felder.

Nach Verlauf einer Viertelstunde hielt er gebrochen, atemlos am Saume eines Gehölzes an, etwa zwanzig Schritte von einer Landstraße; er suchte die dichteste, unturchdringlichste Stelle, zwangte sich durch, ohne der Dornen zu achten, die im Wund rissen und schickte sich an, die Erde mit seinem Messer aufzuwühlen. Als er ein Loch von einem Fuß Tiefe hergestellt hatte, legte er seine blutige Waffe hinein, vergräbete sie darauf mit der ausgeworfenen Erde und legte Rasen darüber, den er seßtrat, worauf er sich in das schwarze Gras niederlegte. Er horchte und

schien vor der Stille zu erschrecken, die über der Landschaft waltete.

Es war um die Stunde, wo die Finsternis von jenem grauen und einförmigen Tone, der weder Tag noch Nacht, verdrängt ist, und in welchem die Gegenstände wie Schatten erscheinen. Es kam ihm vor, als ob er allein sei in dieser düsteren Unermesslichkeit, inmitten dieser stummen und glanzlosen Natur.

Plötzlich machte ihn ein Geräusch erzittern: es war die Achse eines Karrens, die in der Entfernung von vielleicht einer Meile auf der Landstraße knarrte; durch die Stille der Nacht drang der phantastische und übelklingende Ton mit deutlicher Schärfe.

Dann erwachte die Natur allmählig. Die Lerche schwang sich vom Boden gen Himmel, ihr zugleich beängstigendes und entzückendes Gezwitzchen hören lassend, durch das so viel Leben und Glück hindurch klang. Eine Drossel begann in dem taubeperrten Laube zu schlagen; allerorten von dem Dooie, auf dem der Goldfäßer kriecht, bis zu den höchsten Zweigen der Eiche, wo der Vogel mollkützig im Aeter erzittert, erhob sich die in ihrem Durcheinander so wolkigend, in ihrer Begeisterung so mächtige Morgenmusik, die bei den ersten Lichtstrahlen im Osten anbricht, und die Hymne an die Sonne genannt werden könnte.

Die Natur erblühte strahlend und jungfräulich: Alles war voller Amut, Frische und Funkeln in dem Walde, über dem ein bläulicher Nebel wogte; Alles war Ruhe und Andacht über der Ebene, deren Begrenzung sich in die Unendlichkeit zu verlieren schien und deren graue Töne unter dem Funkeln des Morgenhimmels sich erhellten.



Durch Palm-Berlin für die Weber im Calenberggebirge 4,70.

Für November nachzutragen: Machen 7,—.  
Berlin, den 10. Februar 1891.

Für den Parteivorstand.

A. Debel, Groß-Görschenstraße 22a.

Ein dem Abgeordnetenhaus zugegangener Geleis-entwurf betreffend Erweiterung des Staatseisenbahn-netzes verlangt zur Herstellung neuer Linien nebst Beschaffung der Betriebsmittel für letztere 36 008 000 Mark, zur Anlage zweiter resp. dritter Geleise 26 305 500 Mk., zu Bauausführungen 29 424 000 Mark, zur Beschaffung von Betriebsmitteln für die bereits bestehenden Staatsbahnen 58 800 000 Mk. Insgesamt 145 537 000 Mk. Die Staatsregierung wird ermächtigt, zur Deckung Staatsschuldenverschreibungen in gleichem Betrage auszugeben.

Der „Reichs-Anzeiger“ meldet: Nach der vorliegenden Uebersicht ist der Fuhrpark der preussischen Staatsbahnen in den Jahren 1839/90 und 1890/91 um 801 Lokomotiven, 1246 Personenwagen, 17 684 Güterwagen vermehrt worden und umfaßt zur Zeit 9653 Lokomotiven, 15 343 Personenwagen und 196 798 Güterwagen.

Die Invaliditäts- und Altersversicherung macht schon jetzt den mit der Ausführung beauftragten Organen recht viel Kopfschmerzen; die eigentlichen Schwierigkeiten werden sich aber erst mit den Jahren entwickeln. Jetzt handelt es sich zunächst um Kleinigkeiten, die aber keineswegs bedeutungslos sind. So veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ jetzt eine „Anleitung zum Kleben“, weil neuerdings Klagen darüber laut geworden sind, daß die zur Entrichtung der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Beiträge in die Quittungskarten eingeklebten Marken leicht abspringen, wenn die Karten nach außen gebogen oder in einem warmen Raume aufbewahrt werden. Um ein gutes Haftens der Marken auf den Quittungskarten zu erzielen, sollte man nicht nur die Marke, sondern auch diejenige Stelle der Karte, auf welche die Marke geklebt werden soll, reichlich anfeuchten und die Marke nach dem Aufkleben einige Zeit mit der Hand fest andrücken.

Wenn das am grünen Holze notwendig ist, was soll am dünnen werden?

Die Zulassung weiblicher Ärzte für Frauenkrankheiten. Die „Frankf. Ztg.“ wird um Veröffentlichung der folgenden Zuschrift ersucht: In den letzten Tagen wurde von den Beschlüssen aus dem Reichstag unter anderem auch die Abweisung zweier Petitionen um Zulassung weiblicher Ärzte für Frauenkrankheiten mitgeteilt. Diese Nachricht verlegte manche von denjenigen in Zweifel und Unruhe, welche seit Wochen in allen Teilen Deutschlands Stimmen sammeln für denselben Zweck, zu einer Massendeputation an den deutschen Reichstag im Herbst 1891. Nun fürchten diese Sammler, die geplante Petition könnte hinfällig werden, weil im Reichstag diese neueste Abweisung darauf gegründet wurde, daß, da kein Gesetz den Frauen die ärztliche Praxis verbiete, diese Petitionen sich an die einzelnen Landtage richten müßten, weil der vorgeschriebene medizinische Unterricht Sache der einzelnen Länder sei.

Der Mörder erhob sich; seine Glieder zitterten und seine Zähne klapperten aufeinander. Er warf vorsichtige Blicke um sich, dann schob er die Zweige vorsichtig wieder nachlassend, erbebend und den Kopf beim geringsten Geräusche umdrehend, auseinander und trat endlich aus dem finsternen Dickicht hinaus, in welchem er sein Messer vergraben hatte. Dann drang er tiefer in den Wald hinein, immer die finsternen Stellen aufsuchend und die Lichtungen und Pfade vermeidend, wobei er oft anhält, um mit Auge und Ohr das Gehörs zu erspähen, bevor er sich weiter wagt. So groß war die Angst, die ihn gefangen hielt, daß er den ganzen Tag wanderte, ohne seine Müdigkeit zu empfinden.

Er hielt am Eingange eines Buchenhochwaldes, dessen gewaltigen, weißen und glatten Stämme gleich tausenden von Laub gekrönten Säulenschäften in die Höhe ragten. Die Ruhe des Tages, die wolkende Stille steigerten noch den Eindruck der Großartigkeit, den die herrliche Natur ausübte. Etwas Lebendes schien zu zucken in dem Halbdunkel, welches das ruhige Blattwerk durchließ; es war wie eine Seele, welche in dem Düstern umherirrte, geheimnisvolle Laute murmelnd.

Der Flüchtling fühlte sich unwohl; wie ein Reptil schleichend, kauerte er sich unter einem Birnwarr von Dornen, deren Dichte ihn völlig verbarg.

Als er sich in Eicherheit fühlte, griff er mit der Hand zunächst an den Kopf, dann an die Brust und murmelte: „Ich habe Hunger.“

Nun haben aber bereits in den letzten Jahren der allgemeine deutsche Frauenverein (Vorort Leipzig) und der Reformverein (Vorort Weimar) sich mit dieser Petition an alle deutschen Landtage und Regierungen gewendet. Und dort wurde ihnen der Bescheid: daß in dieser Sache die einzelnen Länder nichts tun könnten, das sei Sache des Reichs. Es scheint demnach selbst bei den kompetentesten Stellen noch nicht entschieden, welche staatliche Körperschaft bei diesem neu wieder auftauchenden uralten Frauenwunsche das entscheidende Wort zu sagen hat. Deshalb nimmt sich jetzt ein Teil der deutschen Frauen unter Zustimmung vieler sachverständiger Männer ein Beispiel an dem beharrlichen und energischen Vorgehen der Frauen anderer Kulturländer. Dieselben petitionirten so lange fort und fort, bis sie in vielen Ländern ihr Ziel erreicht haben. Nun können dort die Frauen bereits bei Frauenkrankheiten je nach Wunsch sich von einem weiblichen Arzte beraten lassen. In London allein praktizierten bereits mehr als 60 Arztinnen. Deshalb dürfen sich die Freunde und Werber der für den nächsten Herbst geplanten Massendeposition nicht irre machen lassen, sondern müssen beharrlich bis Ostern weitere Unterschriften sammeln. Die bis jetzt über alles Erwarten große Anzahl eingehender Unterschriften beweist, daß sich trotz allen Widerpruches auch bei uns diese wichtige Kulturfrage nicht mehr totmachen läßt. (Einer solchen Petitionsliste können alle Sozialdemokraten ihre Unterschrift geben.)

(D. Red. d. Z.)

Nach dem „Vorwärts“ ist die im Reichstag zu bewältigende Arbeitslast so massig — wenigstens quantitativ — daß die Session sich nach den Berechnungen der gewiegteren Optimisten bis frühestens in den Juni erstrecken wird. Vermutlich wird es noch später werden, und die Möglichkeit einer zweiten Vertagung ist nicht ausgeschlossen, da der Reichstag bekanntlich in den heißen Sommermonaten nicht zusammen zu halten ist. Demgemäß kommt genanntes Blatt zu dem Schlusse: Je mehr die Arbeiten des Reichstages sich häufen, desto mehr tritt auch das Zweckmäßige unseres alten Vorschlags in die Augen: nach dem Beispiel verschiedener anderer Parlamentärkörper die ganze Legislaturperiode als eine einzige Tagung zu betrachten, die je nach dem Stand der Geschäfte, durch kürzere oder längere Pausen unterbrochen wird. —

Eine Strafliste unserer Partei veröffentlicht der „Vorwärts“ wieder, nach welcher, zusammengerechnet mit dem Nachtrag, der gleich nach Neujahr erschien, in den Monaten Dezember und Januar außer der schon im Dezember veröffentlichten Liste gegen 100 Verurteilungen und 40 Freisprechungen, letztere betrafen nur geringfügige Sachen, erfolgt sind. Es wurden im Ganzen erkannt auf ungefähr 15 Jahre 9 Monate 3 Tage Gefängnis, auf 5 Jahre 10 Mon. Zuchthaus und 2296 Mark Geldstrafe event. entsprechende Gefängnisstrafe.

Bei den Zuckersfabriken in der Rheinprovinz hat die Steuerbehörde in der letzten Zeit eingehende Erhebungen vorgenommen, um zu ermitteln, ob der Rübenbau vorwiegend von den Großgrundbesitzern oder von den mittleren und kleinen Bauern betrieben wird. Es

handelt sich dabei um Klärung der Frage, für welche Kreise eine Aenderung der Zuckersuererzeugung von einschneidender Bedeutung sein würde. Die „Rhein. Ztg.“ meint, daß das Ergebnis hartnäckig wird, daß gerade in der Rheinprovinz alle landwirtschaftlichen Kreise ohne Unterschied am Rübenbau interessiert sind. Vorläufig wird man gut tun, amtliche Mitteilungen über das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten.

Sächsisch. Dresden. Die Polizei-Direktion hat nunmehr auch jedes Kolportieren und Feilhalten von Preßerzeugnissen bei öffentlichen Versammlungen aus „verkehrspolizeilichen Rücksichten“ verboten und unter strenge Strafe gestellt. Herr von Köller! Herr von Köller! Es wird mir immer — wöhler!

Weißensfels. Ein herrlicher „Schulpalast“ befindet sich in dem Dorfe Bartelsbagen bei Straßund, schreibt die „Mittelb. Ztg.“ Der Lehrer wohnt dort mit den Ratenleuten unter einem Dache. Zu beiden Seiten des Hauses sind Dunggruben! Die Lehrermwohnung besteht aus einem Zimmer, das selbst für die bescheidensten Ansprüche nicht ausreicht. Darum müssen zwei Koffer, der Kleiderschrank im Schulzimmer stehen, wo auch das Bett der Wirtschafterin sich befindet. Das Wohnzimmer hat nur einen Eingang und zwar durch das Schulzimmer. Wenn die Wirtschafterin den Unterricht nicht hören will, muß sie daher durch ein Fenster klettern, das sich 1 1/2 Meter über dem Erdboden befindet. Beide Zimmer, die mit Steinen gepflastert waren, sind vor acht Wochen gebohrt worden, aber die Deelen bestehen noch jetzt aus Mauersteinen. Nun behauptet noch einmal solch ein sozialdemokratischer Heher, daß in unserem herrlichen deutschen Reich nicht alles geschieht für Bildung und Wissen, und daß die Lehrer Not leiden müssen. Dem hält man diesen herrlichen Schulpalast vor Augen.

Erfurt. Rechtsanwalt Dr. Hans Blum in Leipzig, national liberal, kandidirt in Sonaberg-Saalfeld.

Ulbrunn. Dieser Tage verstarb hier der 71 Jahre alte Bohgerber Müller, nachdem er kaum eine Stunde zuvor die Nachricht erhalten, daß ihm die Altersrente zuerkannt worden war.

Ist dieser Mann vor Freude über dieses Glück oder vor Angst gestorben?

Dresden. Vom „Alimenten-Böckel“. Im freisinnigen Verein trat ein Antisemit auf, als dort vom Alimenten-Böckel gesprochen wurde, und rechtfertigte seinen Häuptling in folgender „drolligen“ Weise: „Warum wird immer gesagt „Alimenten-Böckel“? Als ob das etwas Furchterliches wäre. Böckel ist 80—81 Jahre alt, ist früher einmal Student gewesen und hat so'n Unglück gehabt, mal mit 'nem Frauenzimmer zusammenzukommen. (Große Heiterkeit.) Ist das so humoristisch, wenn man mal reinschaut? (Die Wirkung dieser Worte war äußerst drastisch.) Das Frauenzimmer hat ihn verklagt, er hat die ihm auferlegte Summe bezahlt, ist das etwas Verbrecherisches? Kann das nicht jedem von Ihnen passieren?“ (Heiterkeit.) — Wir bezweifeln, daß der „Alimenten-Böckel“ seinem Verteidiger hierfür dankbar ist.

Wolfsenbüttel. Große Mißstimmung herrscht unter der Arbeiterschaft, weil die zunehmende Beschäftigung

2.

Der Ton seiner Stimme ließ ihn erzittern: es war zum ersten Male seit dem Morde, daß er sie hörte und sie klang wie ein Totenglöckchen an sein Ohr. Er blieb einige Augenblicke unbeweglich, seinen Atem zurückhaltend, als ob er fürchtete, gehört zu werden.

Als er einigermaßen die Ruhe zurückgewonnen hatte, durchsuchte er seine Taschen, die eine nach der anderen; sie enthielten einige Groschen.

„Das genügt,“ sagte er mit dumpfer Stimme, „in sechs Stunden habe ich die Grenze überschritten; dann bin ich gerettet.“

Nach Verlauf einer Stunde fühlte er seine Glieder vor Kälte erstarren, denn mit der Nacht fiel der Tau, und seine ganze Kleidung bestand aus einer Blause und leinener Hose; er erhob sich, schaffte sich vorsichtig aus dem Dornengebüsche und setzte seinen Marsch fort.

Erst im frühesten Morgenschimmer hielt er wieder an. Er hatte das Ende des Waldes erreicht; jetzt mußte er das Feld betreten, im vollen Tageslicht wandern. Von Entsetzen ergriffen bei diesem Gedanken, wagte er keinen Schritt mehr vorwärts.

Während er sich in einem Buschholz verborgen hielt, wurden Pferdritte hörbar. Er erblaßte.

„Die Gensdarmen!“ rief er hervor, indem er sich auf den Boden streckte.

Es war ein Ackermann, der sich mit zwei an einen Karren gespannten Pferden in die Felder begab;

er piff eine Landesweise, unterdessen er die Peitschen schwingend ausfädelt.

„Jakob!“ rief eine Stimme ihn an.

Der Bauer drehte sich um.

„Steh, Du bist es, Franz! Wie kommst Du heute Morgen hierher?“

„Ei nun, ich wollte den Pack Wäsche an der Quelle auswachen; das ist nicht so ganz nahe.“

„Ich komme bis ganz dicht bei; leg' Deine Last also auf eines meiner Pferde.“

„Ich nehme es mit Vergnügen an. . . Wie geht's Frau und Kindern?“

„Ich bin der Kränkste in der Familie,“ sagte Jakob mit derbem Lachen. „Es geht Alles gut, die Arbeit, Munterkeit und die Gesundheit.“

Und er versuchte die Peitschenschmige, deren lautes Getöse sich in mehrfacher Echo wiederholte.

Der Mörder verfolgte ihn lange mit den Augen, dann entrang sich ein tiefer Seufzer seiner Brust und sein Blick schweifte über die Landschaft, die sich vor ihm ausbreitete.

(Fortsetzung folgt.)





der Gefangenen der hiesigen Landesanstalt mit industriellen Betrieben viele Familienväter arbeitslos macht. Eine allgemeine Versammlung soll einberufen werden, um die Landesregierung und eventuell den Reichstag anzugehen.

**Karlsruhe.** Einem heiratslustigen Landmann des badischen Oberlandes ist folgende lustige Geschichte vorzukommen. Derselbe beschloß durch Inerat sich den besseren Teil der Ehe zu suchen. Das Inerat erscheint, und die Anerbieten laufen auch sehr bald ein. Unter den sich anbietenden Damen fand er -- seine eigene Mutter. Er hat geschworen, unter diesen Umständen den „gewöhnlichen Weg“ zu benutzen, um in den Pfaffen der Ehe einzulaufen.

Aus Bayern meldet man, daß die Fastenhirtenbriefe der Bischöfe des Landes sich sammt und sonders mit der sozialen Frage beschäftigen. Die Sozialdemokraten werden in altüblicher Weise mit falschen Propheten verglichen, aber auch den Arbeitgebern wird über ihre Lügenhaftigkeit der Text gelesen, sowie ordentliche Lohnzahlung anempfohlen, nur fürchten wir sehr, daß das alles nicht viel fruchten wird.

## Ausland

### Frankreich.

**Paris.** Wieder einer! Der hiesige Bankier Macé hat unter Hinterlassung von 21 Millionen Passiven die Flucht ergriffen. Es wird befürchtet, daß er sehr zahlreiche Depots veruntreut habe.

**Paris.** Professor Jaecoud und Dr. Dujardin Beaumetz teilten der Akademie de Médecine die Ergebnisse ihrer Tierversuche zur Prüfung des Wertes der Koch'schen Flüssigkeit als Vorbeugungsmittel gegen Tuberkulose mit. Alle mit Koch'scher Flüssigkeit behandelten Meerschweinchen bekamen die Impftuberkulose leichter und erlagen ihr rascher und mit ausgeprägteren Verletzungen als diejenigen, die keine vorhergehenden Koch'schen Einspritzungen erhalten hatten.

**Yvon.** Gegen 1500 Arbeiter der hiesigen größten Glasfabriken kündigten einen Streik an, falls die geforderte Lohnhöhung nicht binnen vierzehn Tagen bewilligt würde.

### Spanien.

Die republikanische Bewegung in Oporto, an dem sich übrigens die Arbeiter, deren die Stadt 60000 zählt, nicht beteiligten, schreibt die „Frankfurter Zeitung“ nachträglich:

Am 31. Januar früh, dem Tage des Aufstandes, veröffentlichte das Blatt ein Manifest „An den König“, in welchem es u. a. hieß:

Jetzt zu Dir. Wir haben immer stolz mit Dir geredet, wir haben immer, von Angesicht zu Angesicht, erhobenen Hauptes und den Blick fest in Deine Augen richtend, Dir gesagt, daß wir Dich hassen und verachten. Unfähiger Vertreter eines wurmstichigen Prinzips, Du hast unsere Verurteilung gehört, und schon lange; elender Abkömmling einer verdorbenen Rasse, schon lange haben wir mit rotem Eisen Deine schmale Stirn gebrandmarkt, Du sitzt noch auf einem Thron, Du hast die Krone noch auf dem Haupte, Du schleppst noch einen Hermelinmantel und Dein Szepter beweist, daß Du, Landstreicher, noch König bist. Aber es ist Zeit, daß Du von dem entronnten Thron herabsteigst; es ist Zeit, daß wir Deinen goldgeschmückten Mantel zerreißen. König, wir werden Dein Szepter zerbrechen! Wir haben Dir gesagt, daß es ein Kampf auf Leben und Tod ist, der Kampf zwischen Deiner Gewalt und der Kraft des Landes, der Kampf zwischen Deinem Interesse und der nationalen Ehre. König, die Spitze unseres Schwertes ist gegen Dein Herz gerichtet. Aber bevor wir zustößen, höre: Du bist ein Verräter! Du hast auf der Ehre des Landes herumgestampft, Du hast den nationalen Schmerz mit Füßen getreten. König, Du bist ein Verräter! U. s. w.

Die „Fr. Ztg.“ bemerkt hierzu: Diese klöbige Sprache, die man zur Charakterisierung der Art, wie die republikanische Propaganda getrieben worden ist, kennen muß, gibt zwar eine Vorstellung von der Leidenschaftlichkeit des Kampfes, aber gebildete Leute werden ihr keinen Geschmack abgewinnen.

### Belgien.

**Brüssel.** Hiesige Blätter berichten, daß eine aus Grenadiere bestehende Laekener Schloßwache sich weigerte, vor der vorbeifahrenden Königin herauszutreten und zu präsentieren.

Die Gährung in der belgischen Armee nimmt zu und erstreckt sich auf die Garnisonen in den Provinzen, wo sich unter den Soldaten gleichfalls das Gefühl bemerkbar macht, daß die „Blutsteuer“ in Belgien tatsächlich nur auf den Armen lastet, während der Reiche von jedem Militärdienst befreit ist. Der Widerstand gegen das herrschende System zeigt sich auch bei den

Rekruten, die jeweils ihre Zusammenkunft benutzen, um gegen die „Blutsteuer“ zu demonstrieren. Diese Demonstrationen nehmen von Jahr zu Jahr einen größeren Umfang an. Fast überall geben die Rekruten Proteste dagegen ab, daß die reichen Bürgersöhne sich vom Weerdienste loskaufen können, und in vielen Gegenden verweigern die Rekruten überhaupt die Einstellung. Von Jahr zu Jahr wächst der Widerstand der Stellungspflichtigen, die trotzdem von der Regierung als Verleibiger der Ordnung in der Stunde der Gefahr herbeigerufen werden. Verschiedene Blätter behaupten, die Vorfälle seien von den Sozialisten angezettelt. Die Wahrheit ist, daß es dazu keiner besonderen Anstiftung bedarf; der vorhandene Zustand allein genügt, um jeden billig Denkenden zum Protest zu veranlassen. Die noch so strenge Bestrafung wird auch die Wiederkehr ähnlicher Vorfälle nicht verhindern, so lange die ungleiche Bevorzugung der Reichen besteht. Nur eine gleichmäßige Verteilung der Dienstlast kann hier Abhilfe schaffen.

Der König der Belgier hat die Arbeiter-Delegierten des Industrie- und Arbeiterrates empfangen und sich mit ihnen über die Arbeitsverhältnisse und das allgemeine Stimmrecht unterhalten. Auf die Frage der Arbeiter, ob der König seinen Einfluß für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts geltend machen wolle, soll der König geantwortet haben, er sei den Arbeitern sehr zugetan, da er aber kein Diktator wäre, so müsse er die Nation darüber sprechen lassen. Dem „Peuple“ zu Folge soll der König auch gesagt haben, die Arbeiter täten Unrecht, sich als eine besondere Klasse zu betrachten. Er und sie, alle seien sie Belgier, alle seien sie Arbeiter nach verschiedenen Richtungen. Als die Arbeiter meinten, man habe sie durch Ausschluß vom Stimmrecht zu einer besonderen Klasse gemacht, erwiderte der König den Delegierten, die Verfassung verbiete ihm, sich mit dieser Frage zu befassen, er könne ihnen nichts versprechen, da er seine konstitutionelle Haltung nicht aufgeben könne. Hierauf sollen dann noch die Arbeiter bemerkt haben, der König vermöge als Vermittler zwischen den Parteien zu wirken.

Dieses Vertrieben hinter der Verfassung macht einen recht absonderlichen Eindruck. Wenn die Nation über die Frage des Stimmrechts entscheiden soll, so sind -- sie seien alle Belgier, sagte der König selbst -- die Arbeiter, als Mehrheit der Nation, doch zuerst berufen, mit zu entscheiden. „Die Nation“ bilden doch nicht die paar Hunderttausende Bevorrechteter. Soviel geht aus der Unterredung jedenfalls hervor, daß diejenigen sich verrechnet haben, welche gehofft haben, der König werde der Wahlrechtsfrage einen Anstoß geben. Die Regierung und die Rechte der Kammer ziehen sich aber immer weiter zurück. Es nützt auch nichts, daß Woeite, der sich entschieden gegen die Revision ausgesprochen, daran erinnert wird, daß er jetzt eine Schwenkung nach rechts gemacht, da er sich 1869 in einer Rede im Interesse seiner Partei für das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen hat. In einer geheimen Versammlung der Rechten hat Beernaert erklärt, er wolle die Revision nur bis zu den Kammerwahlen von 1892 verzögern. Beernaert habe die Kabinetsfrage kategorisch gestellt und erklärt, er sei bereit, sofort dem König sein Abschiedsgesuch zu überreichen. Woeite habe geantwortet, er überlasse die Verantwortlichkeit in einer so schwierigen Lage dem Kabinettschef und habe sich mit seinen Parteigenossen zurückgezogen.

Die sozialistische Gruppe Desjussaur kündigt in der Voraussicht, daß die Kammer das allgemeine Stimmrecht nicht gewähren werde, in ihrem Parteiorgan einen allgemeinen Aufruf an, der in kurzer Frist zum Ausbruch kommen soll. Vor Proklamierung desselben wolle jedoch die Partei den Garantemächten der belgischen Neutralität ein erklärendes Manifest zusenden.

Im Uebrigen ist die Lage in Belgien nach wie vor recht unerquicklich und befriedigt auch die Bevorrechteten keineswegs. In der Befürchtung vor neuen militärischen Ausdehnungen anlässlich des Karnevals, ließen die Militärbehörden in Brüssel am Sonntag die Polizei und die Pompiere-Unteroffiziere und Offiziere konspizieren. 200 Eisenbahnwaggons standen bereit, um erforderlichen Falls einen Teil der Antwerpener Garnison nach Brüssel zu bringen. Während des Sonntags und der Nacht fand ein toller Fastnachtstanz statt, ohne daß indeß ein ernstlicher Zwischenfall sich ereignet hätte.

In Namur durchzogen am Sonntag die Konfribirten nach der Losziehung die Straßen der Stadt unter Vorantragung einer großen französischen Tricolore, welche die Inschrift trug: „Es lebe die französische Republik!“ Hierbei wurde die Markillaise geungen. Die Einwohner schickten der Demonstration ruhig zu. In der Kammer wird eine Interpellation eingebracht werden über die Bestrafung von Soldaten, bei denen Exemplare der „Reform“ vorgefunden wurden, zu

achtägigem strengen Arrest. Es hat sich ein Komitee von Advokaten gebildet, welches die wegen Ausschreitungen angeklagten Soldaten kostenlos verteidigen will.

**Brüssel.** Der Generalrat der Arbeiterpartei hat im Falle der Ablehnung der Verfassungsrevision einen allgemeinen Streik vom ersten Mai ab beschlossen.

3000 Bergleute des Bergbezirks Charleroi streiken. Der Streik nimmt in bedenklichem Maße zu.

### Großbritannien.

Die von den radikalen Abgeordneten Cunnigham Graham, Randall, Abraham, Dr. Clark und Sonnbeare im Parlament eingebrachte Achtstunden-Bill lautet folgendermaßen: 1. Nach dem 1. Januar des Jahres 1892 soll Niemand arbeiten oder einen Andern arbeiten lassen zu See oder zu Lande in irgend einer Eigenschaft, unter irgend einem Vertrag oder Abkommen, oder einer Bestimmung über Arbeitsmiete, oder zu persönlichem Dienste auf See oder Land (außer bei einem Unglück) -- länger als acht Stunden während eines Tages von 24 Stunden, oder mehr als 48 Stunden in einer Woche. 2. Jeder Arbeitgeber, Direktor oder jeder, welcher wissenschaftlich Jemanden, der seiner Autorität oder seinen Befehlen unterworfen ist, oder sich in seiner oder ihrer Beschäftigung befindet, zu See oder zu Lande in irgend einer Eigenschaft nach irgend welchem Vertrag oder Abkommen, oder einer Bestimmung bezüglich Arbeitsmiete, oder zu persönlichem Dienste (außer im Falle eines Unglücks) länger als 8 Stunden während eines Tages von 24 Stunden oder länger als 48 Stunden in irgend einer Woche, zu arbeiten, veranlaßt oder gestattet, soll, wenn er dessen überführt wird, eine Strafe von nicht weniger als 10 Lstr., noch mehr als 100 Lstr. für jede dreimalige Uebertretung zahlen. Alle Uebertretungen dieser Akte und alle auf Grund dieser Akte einzutreibenden Geldbußen sollen vor einem summarisch verfahrenenden Gerichtshof nach der summarischen Jurisdiktionsakte verfolgt werden. 4. Summarische Gerichtsbesche können auf Beschwerde vor einem summarisch verfahrenenden Gerichtshof in der Weise, wie sie die summarische Jurisdiktionsakte vorschreibt, erlangt werden. 5. Diese Akte ist für alle Zwecke als Achtstunden-Akte 1891 zu bezeichnen.

### Rußland.

Die soziale Frage macht sich auch in Rußland immer energischer bemerkbar, naturgemäßer Weise aber, wie das unter dem russischen, jeden freieren Meinungs-austausch unterdrückenden Regime nicht anders denkbar ist, zunächst in recht erbarmlicher Weise, die geneigt ist, durch den Zwang von Gewalttätigkeiten zum Ziel zu gelangen. Ueber die bereits in der Sonntagsnummer kurz erwähnten Arbeiterunruhen auf der Admiraltäts-Schiffswerft in Petersburg berichtet die „Köln. Ztg.“:

Schon im Vorjahr wurden wiederholt die hiesigen Werftarbeiter wegen Lohnschmälerung ausständig. In letzter Zeit stieg die Unzufriedenheit und die Erregung. In der alten Admiraltät fanden mehrfach kleine Brände statt, welche allerdings noch zeitig entdeckt, aber auf die Unzufriedenheit der Arbeiter zurückgeführt wurden. Jetzt kam es dort zu sehr lärmenden Auftritten. Die Arbeiter waren wütend, daß der Lohn allmählig 1 Rubel auf 60 Kopeken niedergedrückt worden war, sie wollten den Petersburger Hafenkommandanten tötlich angreifen. Dieser rettete sich ins Marinemuseum und versteckte sich. Der Stadthauptmann, General Gresser, erschien, vermochte jedoch nur schwer die wütenden Arbeiterhaufen, ungefähr 200 Mann, zu beruhigen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Die armen, schwer bedrückten Arbeiter die sich schließlich aus Verzweiflung zu Unflugheiten hinreißen ließen, werden wol nun schwer bestraft werden, Ihren berechtigten Forderungen wird aber wol kaum Genüge geschehen. Die Erkenntnis der wirtschaftlichen Mißstände wird sich aber auch unter den russischen Arbeitern weiter entwickeln, und in nicht gar zu ferner Zeit werden auch sie ihre klassenbewußtes Kontingent zu der großen, alle Kulturnationen umfassenden Armee von Geisteskämpfern für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus stellen.

### Sien.

Laut Meldung aus Kiangoon „bedrohen“ chinesische Grenztruppen Magung und Birma und halten die Gegend, wo sich 200 Minen von Naphrit (Weißstein) befinden, besetzt. Bei der Grenzregulierung wird China wahrscheinlich die letzteren für sich beanspruchen.

### Afrika.

Regeraufstand. Einer Depesche aus Sankt Thomas (am Golf von Guinea) zufolge ist dort ein Regeraufstand ausgebrochen, der anfangs unterdrückt wurde, später aber wieder ausbrach und sich auf mehrere andere Orte der Insel verbreitete. Der Gouverneur verlangte dringend Verstärkung.



Aus Soando wird gemeldet, daß der Gouverneur 100 Soldaten unter Führung von 3 Offizieren mit 2 Mitrailleusen auf den Kanonenbooten „Zambesi“ und „Cacongo“ nach St. Thomas zur Unterdrückung des Negeraufstandes abgeandt hat; die Mannschaften sollen nötigenfalls landen.

# Parlamentsbericht.

## Deutscher Reichstag.

64. Sitzung.

Vor der Tagesordnung verliest Abg. Mehrert (Kons.) folgendes Schreiben seines erkrankten Fraktionsgenossen v. Friesen: Aus dem Bericht über die Sitzung des Reichstags vom 9. Februar ersehe ich, daß der Abg. Bebel die bereits öffentlich als unwahr bewiesene Behauptung wiederholt hat, daß mein verstorbenen Vater im Mai des Jahres 1867 nach Schluß des konstituierenden Reichstages in die Werkstatt des Abg. Bebel in Leipzig gekommen sei und ihn zu seiner Jungfernsitzbegleitung begleitet habe, die derselbe damals gegen den Norddeutschen Bund gehalten habe. Ich wiederhole, daß mein verstorbenen Vater nach seiner mir öfters gegebenen Versicherung den Abg. Bebel gar nicht persönlich gekannt und nie ein Wort mit demselben gewechselt hat. Während des ganzen Jahres 1867 hat derselbe überhaupt Leipzig nicht betreten.

Abg. Bebel: Ich halte die von mir gemachte Mitteilung voll und ganz aufrecht. Im Mai 1867 führte sich der Freiherr v. Friesen in Begleitung eines zweiten Herrn, dessen Namen ich nicht kenne und nicht gekannt habe, bei mir in meiner Werkstatt in Leipzig ein und fragte nach dem Drechslermeister Bebel. Als ich mich als solchen vorstellte, sprach er seine Bewunderung darüber aus, daß ich es wäre und dann erklärte er, er habe mir eine Mitteilung zu machen, die sich auf meine Tätigkeit im Reichstage bezöge. Da sich in meiner engen Bekanntschaft mehrere Arbeiter befanden, die notwendig die Unterhaltung hätten hören können, so bat ich ihn, auf den Hof herauszutreten, und hier gab er mir die von mir angeführte Erklärung. Diese Latsche hat auch Jahre lang in den Wahlkämpfen in Sachsen eine Rolle gespielt. Insbesondere haben die Nationalliberalen den Partikularisten und vor allem dem „Leipziger Tageblatt“ bei jeder Gelegenheit zehn Jahre lang diese Latsche der konföderalen Partei unter die Nase gerieben. Ich habe auch in Wahlversammlungen keinen Anstand genommen, öffentlich diese Erklärung zu wiederholen. Ich kann mich als Zeugen auf den Rechtsanwalt Otto von Freitag berufen, der aus dem Munde des Freiherrn v. Friesen diese Latsche bestätigt hat, mit dem er scherzweise von seinem „Freunde Bebel“ gesprochen haben soll. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus tritt nunmehr in die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Arbeitererschutz) ein.

Die Vorlage wie die Kommissionsbeschlüsse erstreben eine vollständige Umarbeitung des Titels VII der Gewerbe-Ordnung, welcher die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter regelt. Die §§ 105 bis 105a behandeln die Frage der Sonntagsarbeit bezw. Sonntagsruhe.

§ 105: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbstständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Uebereinkunft“ (übereinstimmend mit § 105 der geltenden Gewerbe-Ordnung), wird ohne Debatte unverändert angenommen.

§ 105a lautet nach dem Beschlusse der Kommission: „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen, fallen unter die vorstehende Bestimmung nicht. Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen unter Berücksichtigung der örtlichen und konfessionellen Verhältnisse die Landesregierungen.“

Abg. Dr. Ortner beantragt dagegen Namens des Zentrums folgende Fassung der ersten Sätze des § 105a:

„Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbetriebs einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, fallen unter die bestehende Bestimmung nicht.“ (Der zweite Satz ist mit der bezüglichen Bestimmung der geltenden Gewerbe-Ordnung gleichlautend).

Abg. Ortner befürwortet die Annahme seines Antrags, der die Sonntagsruhe möglichst allgemein durchzuführen bestimmt ist, und deshalb den Kreis derjenigen Arbeiten, zu welchen die Arbeiter auch an Sonn- und Festtagen verpflichtet werden dürfen, in Uebereinstimmung mit der geltenden Gewerbe-Ordnung nicht weiter erstrecken will, als es die Natur der betreffenden Gewerbebetriebe erfordert.

Abg. v. Stumm tritt dem Antrage entgegen und empfiehlt das Festhalten an den Kommissionsbeschlüssen. Wollte man auf den Antrag Ortner eingehen, so würde es in das Belieben des einzelnen Arbeiters gestellt sein, zu entscheiden ob etwa ein Notstand vorliegt, um ihn zum Arbeiten zu verpflichten. In der Kommission haben auch die Zentrumsmitglieder für die Fassung der Kommission gestimmt.

Abg. Dr. Krause (Dir.) tritt ebenfalls für die Kommission ein, deren Beschlüsse sich mit dem Entwurf der Regierung decken.

Abg. Hartmann (Kons.) bekämpft auch seinerseits den Antrag Ortner und spricht sich für die Kommissionsvorschläge aus.

Abg. Bebel: Der Referent erwähnte, daß bei der Endabstimmung in der Kommission zwei Stimmen gegen das Gesetz abgegeben wurden und daß auch diese sich nicht gegen die Tendenz des Gesetzes wandten, sondern nur gegen einzelne Bestimmungen desselben; diese beiden dissentierenden Kommissionsmitglieder waren die Mitglieder meiner Partei und hätte ich der Abstimmung angewohnt, so hätte auch ich gegen das Gesetz gestimmt. Es ist unrichtig, daß wir gegen die Tendenz des Gesetzes nichts einzuwenden hätten. Wir erklären uns gegen die Tendenz einzelner Teile des Gesetzes, welche den Arbeitern ungünstig sind, und wenn wir auch zugeben

müssen, daß andere Teile des Gesetzes, namentlich dieser Abschnitt, den Arbeitern Vorteile gewährt, die sie bisher nicht besitzen, so müssen wir doch, falls die Kommissionsbeschlüsse nicht noch geändert werden, auch im Plenum die Vorlage ablehnen. — Der Antrag Ortner hat nun vor dem Kommissionsbeschlusse große Vorzüge; die Kommission hat durch ihre Beschlüsse einen Widerspruch gegen das Prinzip der Sonntagsruhe geschaffen, und nach der Lage der Verhältnisse in Deutschland werden so verschiedene Auffassungen und Auslegungen dieser Bestimmungen in Kraft treten, daß schließlich doch genauere gesetzliche Bestimmungen nötig werden — da ist es denn schon besser, wir regeln die Sache gleich definitiv durch Annahme des Antrages Ortner. Die Auffassung, daß das Gesetz zu viel Macht in die Hände der Regierung legt, und man es so fassen muß, daß Jeder, der es lieft, genau den Umfang der einzelnen Bestimmungen erkennt, teile auch ich, und auch darum werde ich für den Antrag Ortner stimmen.

Bundesbevollmächtigter preussischer Handelsminister v. Berlepsch: Auch ich möchte an das hohe Haus das Ersuchen richten, den Antrag des Herrn Abg. Ortner abzulehnen und bei den Beschlüssen der Kommission stehen zu bleiben. Mit der prinzipiellen Motivierung, die dem Antrage beigelegt worden ist, sind ja die verbündeten Regierungen ebensowol wie die Parteien einverstanden, mit denen sie sich schon bei der Beratung in der Kommission im Ganzen in einer so erfreulichen Uebereinstimmung befunden haben.

Abg. Böttcher (nl.) verteidigt ebenfalls die Kommissionsbeschlüsse und wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Bebel, soweit diese die Tendenz verfolgen haben, das Gesetz als ein überwiegend arbeiterfeindliches, die Arbeiterinteressen schädigendes darzustellen. Eine absolute Durchführung der Nichtbeschäftigung der Arbeiter am Sonntag sei schließlich unmöglich.

Abg. Ortner: Die jetzige Fassung der Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen kann ich nicht lediglich als eine präzisere Fassung der geltenden Bestimmungen ansehen; die durch die Kommissionsbeschlüsse statuierten Ausnahmen und die in dieser Beziehung den Behörden gegebenen Befugnisse gehen unendlich viel weiter, als das gegenwärtig der Fall ist. Vom Standpunkt der Wahrung der Gewissensfreiheit der Arbeiter können wir dieser Verpflichtung der Arbeiter zur Sonntagsarbeit nicht zustimmen. Ich kann einem Gesetze, welches die Ueberschrift „Arbeiterchutz“ trägt, nicht zustimmen, einem Punkte, der offenbar einen Rückschritt gegen das bisher Erreichte, und in Geltung bestehende bedeutet. Würden Sie unserem Antrage beistimmen, so würden Sie eine wirkliche Verbesserung der Vorlage bezeichnen.

Abg. Gutfleisch: Die praktische Bedeutung der hier vorliegenden Frage ist viel geringer, als die der darüber hier gehaltenen Reden. Die Kommissionsfassung, obgleich auch nicht gerade die beste Lösung des Streitpunktes, ist jedenfalls besser, als der Antrag Ortner; letzterer würde zu den zwei Kategorien von Arbeiten, die am Sonntage verboten seien, noch eine dritte Kategorie fügen von Arbeiten, welche am Sonntage erlaubt sind, zu dem aber die Arbeiter nicht verpflichtet werden können. Diese Schwierigkeit ist unerwünscht und unzulässig; wir werden deshalb für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Bebel: Herr Ortner bemerkt ich, daß ich das, was ich hier in Bezug auf die Vorlage sage, auch den Arbeitern gegenüber vertreten kann. Wir sollen Utopien Agitation treiben. Das würde uns schlecht bekommen, denn da ihnen Kirche, Schule, Staat u. s. w. zur Verfügung stehen, so würden die Folgen jeder Utopischen Agitation für uns zum Schaden ausschlagen. Herr Ortner konnte dem Arbeiter, der ihm einen Vorwurf daraus machte, daß er gegen das Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Gesetz gestimmt habe, entgegen, daß auch meine Fraktion dagegen gestimmt habe; dann wäre der Arbeiter so mundtot gemacht wie nur möglich. Sie müssen uns nicht für ganz einzelne Auslassungen von Parteigenossen im Lande verantwortlich machen, ebenso wenig, wie wir Sie für jede Aeußerung der Parteigenossen verantwortlich machen können. Wenn wir hier im Stande wären, das Gesetz zu Falle zu bringen, so würde das eben nichts schaden. Hätten wir die Majorität, so würde ein viel besseres Gesetz zu Stande kommen. Die ganze Kommissionsvorlage ist ja überhaupt nur zu Stande gekommen durch ein Kompromiß des Zentrums mit den Konservativen. Wir freilich geben auf gar kein Kompromiß ein, wir sind etwas unbescheidener und wir wollen noch viel bessere Einrichtungen für die Arbeiter, als durch die Kommissionsberatung entstanden sind. Ich muß mich darüber wundern, daß Herr v. Berlepsch die Kommissionsvorlage dem ursprünglichen Regierungsentwurf gegenüber, welcher sich mit dem Antrag Ortner deckt, verteidigt. Die Kommission hat den Gesetzesentwurf in Bezug auf die Vollmacht der Behörden so gut wie neu geregelt, und aus diesem Gesichtspunkte bin ich davon überrascht, daß der Minister für die Kommission eintritt und die Regierungsvorlage für unannehmbar erklärt. Herr Stumm hat, wie ich glaube, bei seinen Ausführungen doch noch Hintergedanken. Die er durch seine Argumentation verdecken will. Ich habe auch nicht gesagt, daß ich gegen das Gesetz bin, weil es in der Tendenz richtig ist, und nur geringe Nachteile bringt, sondern weil, trotzdem an einzelnen Punkten große Vorteile für die Arbeiter darin enthalten sind, in anderen Punkten die Nachteile so groß sind, daß durch dieselben die Vorteile überwogen werden.

Abg. Krause tritt nochmals für die Kommissionsfassung ein.

Minister v. Berlepsch: Meine Herren, ich habe nur auf einen Irrtum aufmerksam zu machen, der den Ausführungen des Herrn Abg. Bebel zu Grunde gelegen hat. Der Antrag des Herrn Abg. Dr. Ortner ist nicht identisch mit dem Antrage der Regierungsvorlage, sondern er ist identisch mit dem bisher bestehenden Recht der Gewerbe-Ordnung. Dagegen ist der Antrag der Kommission identisch mit dem Antrage der Regierungsvorlage; und daraus erklärt es sich wol zur Genüge, wenn ich für diesen Antrag eingetreten bin.

Abg. v. Stumm weist darauf hin, daß gerade seine Bemühungen stets darauf gerichtet gewesen seien, den gesetzlichen Schutz der Sonntagsruhe herbeizuführen, und daß Vorwürfe in der entgegengesetzten Richtung unberechtigter Weise gegen ihn erhoben würden.

Abg. Böttcher: Im Falle der Annahme des Antrages Ortner würde ein ganz neues System notwendig sein für die folgenden Bestimmungen des Gesetzes, die in ihrer vorliegenden Fassung mit dem neuen § 5a absolut nicht mehr

harmoniren würden. Was ich über die Taktik der Sozialdemokraten gesagt habe, hat natürlich seinen Vorwurf Utopischer Handlungsweise enthalten sollen. Wenn die Herren auf Kompromisse nicht eingehen wollen, werden sie niemals ein Gesetz für den Arbeiterschutz zu Stande bringen. Aber die Sozialdemokraten müssen eben behaupten, das Gesetz entspreche nicht den berechtigten Anforderungen der Arbeiter; sie können nicht dafür stimmen, weil sie die Unzufriedenheit unter den Arbeitern erhalten und nähren müssen (Widerspruch bei den Sozialdemokraten); das ist ja natürlich: Ihre ganze Partei basiert ja auf der Unzufriedenheit (Gelächter links); darin unterscheiden wir uns von Ihnen.

Abg. Bebel: Wenn wir aus Partei-Interessen handeln, so tun wir dasselbe, wie jede andere Partei. Ob das Interesse der Arbeiter dabei wahrgenommen wird, darüber werden die deutschen Arbeiter selbst entscheiden; wir sehen deren Anteil mit größter Ruhe und Kaltblütigkeit entgegen. Wenn wir wirklich nur von der Unzufriedenheit leben, wäre es schlimm mit der Existenz der sozialdemokratischen Partei bestellt, wenn sie von einem solchen Gesetz abhinge. Wir haben außerdem noch ungeheuer viele Wünsche (Heiterkeit), mit denen wir die Unzufriedenheit der Arbeiter erlangen können. An Mitteln und Stoff zur Unzufriedenheit lassen Sie es nicht fehlen. Sie können ja mal die Probe machen, nehmen Sie nur unsere Anträge an. Bei jedem unserer Anträge will ich beweisen, daß ähnliche Bestimmungen in anderen Staaten, selbst in Oesterreich, bestehen. Die Arbeiter würden uns freudig, wenn wir allen diesen Beschlüssen der Kommission zustimmen. Herr von Stumm ist allerdings für die Sonntagsruhe eingetreten, aber nicht in dem Maße, wie wir es für nötig halten. Wenn wir einmal einem Antrage von ihm über die Sonntagsruhe nicht zugestimmt haben, so kann ich mir aus dem Gedächtnis augenblicklich nicht klar machen, um welchen Antrage es sich handelt. Jedenfalls war der Antrag so, daß wir nicht dafür stimmen konnten.

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt

Abg. v. Stumm: Die Sozialdemokraten haben, soweit sie damals hier waren, für jenen Antrag gestimmt, aber sie haben mich dabei im Stich gelassen, denn sie kamen zum größten Teil erst nach der Abstimmung.

Darauf wird der § 105a unter Ablehnung des Antrages Ortner in der Kommissionsfassung angenommen.

Es wird darauf der erste Absatz des § 105b zur Debatte gestellt, welcher bestimmt: „Im Betrieb von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Bräuen und Gerben, von Hüttenwerken, Fabriken und Werkstätten, von Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, von Werften und Regelen, sowie bei Bauten aller Art dürfen Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat für jeden Sonn- und Festtag mindestens 24, für zwei aufeinander folgende Sonn- und Festtage 36, für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest 48 Stunden zu dauern. Die Ruhezeit ist von 12 Uhr Nachts an zu rechnen, in Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht, sofern für sie Ausnahmen von den Bestimmungen dieses Paragraphen zulässig sind oder der Bundesrat es sonst für ein unausweichliches Bedürfnis erachtet, frühestens von 6 Uhr Abends des vorhergehenden Werktages, spätestens von 6 Uhr Morgens des Sonn- und Festtages und muß bei zwei aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr Abends des zweiten Tages dauern.“

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Auer und Geyssen beantragen, statt 24 und 48 Stunden Ruhezeit 36 und 60 zu setzen und die Ruhezeit am vorangehenden Werktag spätestens um 6 Uhr beginnen zu lassen. Die Volkspartei (Abgg. Hähne und Gen.) wollen statt 24 Stunden 30 gewähren.

Abg. v. Münch (Demokrat) beantragt, statt 24 und 48 Stunden 32 und 56 zu setzen und die Ruhezeit spätestens um 12 Uhr Nachts beginnen und frühestens um 4 Uhr Morgens des darauf folgenden Werktags endigen zu lassen.

Die Abgg. Gutfleisch, Hartmann, Letocha, v. Stumm wollen in der Kommissionsfassung die auf die Betriebe mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht bezüglichen Vorschriften durch folgende Bestimmungen ersetzen:

„In Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht kann die Ruhezeit frühestens um 6 Uhr Abends des vorhergehenden Werktages, spätestens um 6 Uhr Morgens des Sonn- und Festtages beginnen, wenn für die auf den Beginn der Ruhezeit folgenden 24 Stunden der Betrieb ruht.“

Abg. Holzmann (nl.) beantragt, in dem letzteren Antrage die Schlüsselwörter „wenn... der Betrieb ruht“ zu streichen, und begründet diesen Antrag ausführlich mit dem Hinweis, daß es darauf ankomme, hier nicht durch eine Hintertür ein ganz neues Prinzip in die Gewerbeordnung einzuführen, nämlich daß der Betrieb 24 Stunden lang ruhen soll, während es doch nur auf die 24 stündige Ruhe der beschäftigten Arbeiter ankomme. Ein Beschluß auf der Grundlage des Antrages würde eine Reihe der wichtigsten Exportindustrien, namentlich solche, welche mit Wasserkraft arbeiten, speziell die Holzstoff-Fabriken, die Sägemühlen und so weiter schwer schädigen. Auch für die Arbeiter würde diese Bestimmung schädlich sein; denn sie bedingt den Ausschall einer Arbeiter-schicht alle vierzehn Tage, und diese Schicht wird auch nicht bezahlt, was im Jahre einem Lohnausfall von 60 Mark gleichkommen würde. Die Steigerung des Lohnes dürfte schwerlich diesen Ausfall ausgleichen, jedenfalls nicht in der augenblicklichen Lage der Industrie. Wir denken ja nicht daran, die 24 stündige Ruhe des Arbeiters irgendwie anzugreifen; aber gehen Sie nicht zu weit in dem, was Sie verlangen. Mit den 24 Stunden Ruhe ist der Zweck der ursprünglichen Vorlage erreicht. Die Ausdehnung dieser Vorschriften im Sinne des Antrages Gutfleisch würde den entscheidenden genannten Industrien erhöhte Produktionskosten auferlegen und hauptsächlich die deutsche Holzstoff-Fabrikation ruinieren, die schon gegenwärtig den Verzweikungs-kampf um ihre Existenz kämpft. Die Papierindustrie würde von denselben Nachteilen getroffen werden, hat sich auch bereits der schweren Konkurrenz kaum noch erwehren können.

Abg. Freiherr v. Münch: Die Parteien auf der linken Seite sind sich sehr wol bewußt, daß die Durchführung dieses Gesetzes für die Unternehmer einen Verlust an Zinsen ihres Betriebskapitals nach sich ziehen wird: Von den Zinsen des Kapitals sieht denn auch in den letzten Jahren des vorigen Februar kein Wort. Anders ist es mit der Frage



der Konkurrenzfähigkeit, deren Erhaltung die künftigen Gewinne besonders betonen. Aber wir glauben auch, daß die Konkurrenzfähigkeit der Industrie durch die Vorlage nicht geschädigt werden wird; heututage trifft das Kriterium „billig aber schlecht“ auf die deutsche Industrie nicht mehr zu. Mein Antrag bezweckt eine für den Arbeiter bessere Einteilung der Tageszeit, um ihm den vollständigen Genuß der ganzen Pause zwischen der Arbeit zu gewähren; zu den 24 Stunden Ruhe müssen noch weitere acht dem Schlaf zu widmende Stunden treten.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Februar 1891.

### Parteigenossen aller Orten!

Durch die Verhandlungen auf unserm Parteitage ist Euch der finanzielle Stand unserer Presse bekannt geworden. Wenn nicht bald ein Umschwung eintritt, werden wir in kurzer Zeit genötigt sein, das tägliche Erscheinen der „Schlesischen Volkskraft“ einzustellen. Daß es bisher noch nicht möglich war, das Blatt lebensfähig zu gestalten, hat nicht zum Mindesten in den äußerst traurigen Verhältnissen seinen Grund. Zahlreiche Abonnements mußten wieder aufgegeben werden, weil die Besteller schon Monate lang ohne jeden Verdienst sind. Wenn trotzdem die Abonnentenzahl nicht zurückgegangen ist, sondern eine immerwährende, wenn auch langsame Steigerung erfährt, so ist wol hinreichend Hoffnung vorhanden, daß mit der kommenden wärmeren Jahreszeit und der dadurch bedingten Vermehrung der Arbeitsgelegenheit der Erfolg unseres Unternehmens zweifellos sein wird. Nun sind aber unsere Mittel nicht mehr so groß, um diejem günstigeren Zeitpunkt ruhig entgegen sehen zu können, zumal bei der traurigen Lage des größten Teiles unserer Leser, die Abonnementsgelder schlappend eingehen. Die bescheidenen finanziellen Mittel gestatten es uns nicht Agitationsnummern in Hunderttausenden von Exemplaren wehenlang unter das Volk schleudern zu können, wie es bei Einführung anderer Preßzeugnisse geschieht, die Arbeiterpresse ist bei ihrer Verbreitung einzig und allein auf die freiwillige Agitation unserer Parteigenossen angewiesen. Wir waren uns bei der Gründung der „Schlesischen Volkskraft“ der Unzulänglichkeit unserer Geldmittel vollkommen bewußt, aber wir glaubten, daß der Eifer und die Opferfreudigkeit, mit welcher die Parteigenossen in gewohnter Weise für die Interessen der Arbeiterklasse eingetreten sind, die Macht des Geldes vollständig ersetzen werden. Wir wollen heute nicht Betrachtungen darüber anstellen, ob alle Genossen die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt haben, wer seine Schuldigkeit bisher getan, der hat sich um unsere gerechte Sache verdient gemacht. Wer aber noch nicht seinen Teil dazu beigetragen hat, der findet noch immer ausreichende Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen.

Parteigenossen! Auf Eurer Mitwirkung bauend, haben wir uns ermutigt gefühlt, das Tageblatt ins Leben treten zu lassen, mit Eurer Hilfe hoffen wir auch die Klippen zu umschiffen, welche uns jetzt drohen. Wir richten heute aufs Neue die Bitten an Euch, mit der größten Energie für die möglichst weiteste Verbreitung unserer Presse einzutreten. Sammelt überall die geleiehen Zeitungen und verlangt Agitationsnummern von der Expedition und verbreitet dieselben, geht von Haus zu Haus mit der Abonnentenliste und der Erfolg wird nicht auf sich warten lassen.

Aber auch finanzieller Unterstützung bedarf es dringend notwendig und steht wol zu erwarten, daß uns die Genossen auch nach dieser Richtung hin ihre Hilfe nicht verweigern werden und zwar, sowohl in der Form von Darlehen, als auch in sonstigen Zuwendungen. Namhafte Summen sind bereits eingegangen, weitere in Aussicht gestellt worden, unser Guthaben in der Provinz beträgt mehrere tausend Mark, ein Resto für die Darlehen also nicht vorhanden. An dieser Stelle wollen wir auch nicht unterlassen, die geehrten Abonnenten zu ersuchen, die Beträge möglichst pünktlich zu zahlen und daß die Genossen an den verschiedenen Orten laut Beschluß des Parteitages Veranlassung nehmen möchten, daß auch die Kolporteurs die Gelder stets pünktlich einbringen. Andererseits wollen wir auch wir versichern, daß es unser eifrigstes Bestreben sein wird, den Wünschen unserer Leser nach Kräftigen Rechnung zu tragen, um die Einführung unserer Presse in immer weitere Kreise zu ermöglichen.

Die Preßkommission

Verlag und Expedition

der „Schlesischen Volkskraft“  
und der „Schlesischen Nachrichten“.

Stadtverordneten-Versammlung. Aus den Mitteilungen, mit denen die heutige, unter Leitung des Stadtverordneten-Vorsiehers, Justizrat Freund, abgehaltene Sitzung eröffnet wurde, seien folgende hervor-

gehoben: Der Bezirksverein der Nikolai-Vorstadt teilt durch Schreiben mit, daß er in einer Petition den Magistrat um Anlage eines schattigen Promenadenweges nach Böpelwitz ersucht habe, und bittet um Förderung der Angelegenheit. — Das Orchester Personal des Breslauer Stadttheaters überreicht mit Schreiben Abschrift einer an den Magistrat gerichteten Petition, worin dasselbe ersucht, „das Engagieren des Orchester-Personal des hiesigen Stadttheaters zu übernehmen und die Bezahlung desselben fortan aus städtischen Mitteln zu bewirken, das Orchester des hiesigen Stadttheaters als einen Teil des letzteren zu einem städtischen zu erheben, und den jetzigen, sowie jeden nachfolgenden Pächter des hiesigen Stadttheaters kontraktlich zu verpflichten, das Orchester der Stadt zu übernehmen.“

Innungswesen. Die Zahl der im Regierungsbezirk Oppeln bis zum 1. Dezember v. J. neu errichteten Innungen beläuft sich auf 49, die der reorganisierten auf 440; bei 311 Innungen sind in den genehmigten Statuten Gefellenausschüsse vorgesehen. Die Gesamtheit der Innungen zählte bei ihrer Neuerrichtung, hzw. Reorganisation 12,240, am 1. Dezember v. J. aber 14,487 Mitglieder und 7828 Lehrlinge.

Zur Unterschlagung im Konsumverein. Der, wie gemeldet, jüngst flüchtig gewordene Lagerhalter des Konsumvereins Karl Krajewsky hat sich nunmehr den Behörden freiwillig gestellt und wurde sofort in Haft genommen. Er giebt das erwähnte Manco zwar zu, behauptet aber nicht zu wissen, wie dasselbe entstanden sei und will sich nur in Kopflosgkeit und Bestürzung über das entdeckte Defizit heimlich entfernt haben.

Verein gegen Verarmung und Bettelerei. Das 14. Lokal Komitee des Vereins gegen Verarmung und Bettelerei hielt am 9. Februar seine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, berichtete über die Tätigkeit des verfloffenen Jahres, daß 35 Sitzungen abgehalten und 658 Gesuche eingegangen seien, von denen 498 genehmigt und 160 abgelehnt worden sind. Personen bzw. Familien wurden unterstützt 498, davon erhielten 89 je 3 Mk., 260 4 und 5 Mk., 36 6 und 8 Mk., 22 9 bis 12 Mk., 7 13 bis 15 Mk., 3 über 15 Mk. Dann erhielten 78 Familien Brot und drei Brot und Geld. Nähmaschinen wurden für 18 Familien beantragt und vom Vorstande geliefert worden.

Turmruhr auf dem neuen Sparkassengebäude. Die auf dem Turm des neubauten städtischen Sparkassen- und Bibliotheksgedäudes aufgestellte Uhr befindet sich bereits im Gange. Die Zifferblätter sind von schwarzer Farbe mit arabischen, vergoldeten Ziffern. Das Schlagwerk giebt Viertelstunden und volle Stunden an; die Zeiger bezeichnen Stunden und Minuten.

Von der Feuerwehr. Gestern nachmittags 3 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Kaiser Wilhelmstraße 28 gerufen, wo in einer im fünften Stock des rechten Seitengebäudes befindlichen Waschküche ein Teil der Dichtung, Ein Schneidebede und Balkenlage brannte. Die Entstehungsurache des Feuers ist in einer schadhaften Schornsteinanlage zu suchen. Das Feuer wurde nach einstündiger Tätigkeit mit der Handspitze gelöscht.

Vermißt. Der 13 jährige Sohn eines Tischlermeisters auf der Dirschstraße hat sich am 9. d. Mts. wahrscheinlich aus Furcht vor Strafe heimlich entfernt. Der Knabe trug blaue Mütze, graue englische Hose, grau gestreiftes Jaquet und Lederhosen; er ist blond und von bläulicher Gesichtsfarbe. — Vermißt wird der 15 jährige Wilhelm Pohl, Sohn eines auf der Freiburgstraße wohnenden Arbeiters und Lehrling bei einem Sattlermeister auf der Gerberstraße. Pohl ist kräftig und unterseht, hat schwarzes Haar und trug blaue Hose, dunklen Leberzieher und schwarze Strimmermütze. Man fürchtet, daß dem Knaben ein Unfall zugefallen sei.

Unfall. Ein auf der Lehmgrabenstraße wohnender Dreifachkutscher fuhr gestern Mittag mit seinem Fuhrwerk die Schwendauerstraße entlang und mußte in der Nähe der Kleinen Groischengasse einem ihm entgegenkommenden Pferdebahnwagen ausweichen. Das hintere Rad blieb aber im Geleis hängen, und die beiden Wagen stießen zusammen. Einem auf dem Vorderpertron sitzenden Herrn, einem Fabrikbesitzer aus Großschwiz, wurde der Daumen der linken Hand derartig schwer verletzt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Verhaftungen. Am 9. d. Mts. wurde hier ein Kupfer zur Post gebracht, welcher im Hofe eines Grundstückes auf der Junkerstraße ein Achat-Gebilde enthielt. Bei seiner Durchsichtung wurden 3 Würfel vorgefunden, welche wahrscheinlich in einem Gasthause gebohlen sein dürften. Der Eigentümer möge sich auf

dem königlichen Polizei-Präsidium, Zimmer 21, melden. — Am 13. d. Mts., Nachmittags, wurde ein Bäcker gefesselt genommen, welcher sich fortgesetzt seinem Herrn gegenüber Veruntreuungen hatte zu Schulden kommen lassen. — Am gleichen Tage erfolgte auch die Verhaftung eines Arbeiters, welcher dabei ertappt wurde, als er auf dem Gehöft des Grundstücks, Neuschestrasse Nr. 57, einiae Kisten stehlen wollte.

Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: Ein Damenschäfer; ein wollenes Damentuch; zwei Portemonnaies mit Inhalt; Teile von einer Brückenwaage; ein Zehnmarkstück. — Abhanden gekommen: einer Dame an dem Weidendam eine zweigliedrige Korallenkette; einer Dame auf der Friedrichstraße einen Herz-Belzstragen; einem Kommiss auf der Nablbergasse eine silberne Remontoiruhr; einem Kaufmann auf der Neuschestrasse eine Briestafche mit verschiedenem Inhalt; einer Kaufmannsfrau auf der Büttnerstraße eine goldene Remontoiruhr mit goldener Gliederkette, Wert 80 Mk.; einer Kaufmannsfrau auf der Felbstraße ein schwarzes, rundes Portemonnaie mit zirka 10 Mk. — Gestohlen: einem Restaurateur auf der Ludwigstraße 6 Billardqueues. — Verhaftet: vom 12.—13. d. Mts. 42 Personen.

Gewerbliches. Der seit dem Jahre 1884 hiezorts bestehende Fachverein der Tischler, welcher laut Statut außer Eringung gütiger Lohnverhältnisse auch auf Pflege der Geselligkeit sieht, veranstaltet, wie in früheren Jahren, auch diesesmal sein Wintervergügen, bestehend in einem Karrenfest, zu welchem die großartigen Vorbereitungen und seit Anfang dieses Jahres allabendlich Uebungen stattgefunden, am 21. Februar im großen Saale des Schießwenders. Da der Eintrittspreis von 50 Pfg. pro Person in Anbetracht der gebotenen Genüsse ein sehr mäßiger genannt werden muß, ist dem strebsamen Verein ein recht zahlreicher Zuspruch zu wünschen, umsomehr, da ein etwaiger Ueberflus jederzeit den no.leidenden Arbeitern zugewendet wird.

Achtungsvoll

Der Vorstand des Fachvereins der Tischler.  
Zur Invaliditäts- und Altersversicherung. Nach einem neuerdings ergangenen Erlaß des Handelsministers an die Regierungspräsidenten sind Wäscherinnen, Plätterinnen, Näherinnen und Schneiderinnen dann nicht versicherungspflichtig, wenn sie in der eigenen Behausung, sei es allein, sei es mit Hilfe von Lohnarbeitern, für ihre Kunden arbeiten, oder wenn sie als Hausgewerbetreibende in der eigenen Behausung (in eigener Betriebsstätte) selbstständig, aber im Austrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender, Ladengeschäfte u. s. w. tätig sind. Selbstständige Betriebsunternehmer unterliegen der Versicherungspflicht zur Zeit auch dann nicht, wenn sie Hausgewerbetreibende sind; die Kundenarbeit der Wäscherinnen, Schneiderinnen u. s. w. soll als selbstständiger Gewerbebetrieb gelten, soweit diese Kundenarbeit in der eigenen Behausung, nicht im Hause der Kunden, ausgeführt wird. Solche Schneiderinnen, Wäscherinnen u. s. w. dagegen, welche nicht selbstständig, sondern als Lohnarbeiterinnen anderer Gewerbetreibender außerhalb der Betriebsstätten der letzteren, also auch im eigenen Hause beschäftigt werden, unterliegen der Versicherungspflicht.

Es sind neuerdings Klagen darüber laut geworden, daß die zur Entrichtung der Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge in die Quittungskarten eingeklebten Marken leicht abspringen, wenn die Karten nach außen gebogen oder in einem warmen Raume aufbewahrt werden. Die Ursache dieses Uebelstandes ist nicht darin zu suchen, daß der Klebstoff der Marken etwa seiner Beschaffenheit nach mangelhaft oder in zu geringer Menge aufgetragen wäre. Nach technischem Urteil muß vielmehr das Abpringen der Marken darauf zurückgeführt werden, daß das zu den Quittungskarten verwendete Papier bei ungenügender Anfeuchtung der Marken den durch die Flüssigkeit aufgelösten Teil des Klebstoffs vollständig einjaugt, bevor der letztere seine Wirkung äußern kann. Das Reichsversicherungsamt macht daher darauf aufmerksam, daß, um ein gutes Haftes der Marken auf den Quittungskarten zu erzielen, nicht nur die Marke, sondern auch diejenige Stelle der Karte, auf welche die Marke geklebt werden soll, reichlich angefeuchtet und die Marke nach dem Aufleben einige Zeit mit der Hand fest aufgedrückt werden muß.

Ferner hat auf eine Anfrage des Magistrats in Dels das Reichs-Vericherungsamt in Berlin folgenden Bescheid gegeben: „Der § 100 Abs. 2 des Invaliditäts- und Alters-Vericherungs-gesetzes legt demjenigen Arbeitgeber, welcher den Versicherten zuerst in der Kalenderwoche beschäftigt, die Verpflichtung auf, den vollen Wochenbeitrag zu entrichten. Das Gesetz bietet aber keinen Anhalt für die Annahme, daß dieser Wochenbeitrag von mehreren Arbeitgebern der betreffenden Woche gemeinsam getragen werden solle. Im Gegen-



teil ist aus dem Berichte der Reichstags-Kommission, welche dem früheren § 88 des Gesetzes die dem Wortlaute des § 100 Abs. 2 des Gesetzes entsprechende Fassung gegeben hat, zu schließen, daß dem ersten Arbeitgeber, welcher den Wochenbeitrag entrichtet hat, ein Rückgriffsrecht gegen die übrigen Arbeitgeber derselben Woche, welche allerdings von jeder Beitragsleistung befreit sind, nicht hat gegeben werden sollen.

Denk der erwähnte Bericht begründet die Beseitigung der im ursprünglichen Gesetzentwurf vorgesehenen Beitragsmarken für halbe Wochen damit, daß im praktischen Leben ein Ausgleich eintreten werde und der Arbeitgeber, welcher heute den Arbeiter nur in den ersten Tagen der Woche „beschäftigt und dafür den ganzen Wochenbeitrag entrichten müsse“, ein anderes Mal wieder einen Arbeiter nur während der letzten Wochentage beschäftigen werde, während die Entrichtung des Beitrages bereits in den ersten Tagen der Woche bei einem anderen Arbeitgeber erfolgt sein werde.

Höheren Orts war das versicherungspflichtige Lohn für männliche landwirtschaftliche Arbeiter des Strehleiner Kreises auf 400 Mark durchweg festgesetzt worden. Es mußten demnach dieselben alle in der zweiten Lohnklasse der Invaliditäts- und Altersversicherung versichert werden. Da nun aber viele männliche Arbeiter des Kreises, z. B. Knechte und Pferdejungen, jenes Einkommen nicht haben, so wandte sich die Gemeinde Verhütung im Strehleiner Kreise an den Vorstand genannter Versicherung um Belehrung.

Es ist nun folgende Antwort eingetroffen: „Knechte und Pferdejungen mit einem Jahresarbeitsverdienste bis zu 350 Mark einschließlich sind in der ersten Lohnklasse versicherungspflichtig.“ Dadurch fällt jene für alle männlichen Arbeiter erlassene Verfügung nur auf diejenigen zurück, welche tatsächlich das Einkommen von 400 Mark haben.

Zur Unterstützung der notleidenden Handwerker in Schlesien hat der Offizier-Konsumverein und das Baarenhaus für deutsche Beamte folgende Maßregeln beschlossen: 1) Ankauf etwa noch vorhandener Lagerwaaren, 2) Uerteilung größerer Bestellungen unter sofortiger Gewährung von Geldvorschüssen und eventuell 3) vorläufige Gewährung billiger guter Nahrungsmittel (Fleischkonserven etc.) Durch große Baareinkäufe aus erster Hand und Massentransport soll es ermöglicht werden, den Hilfsbedürftigen solche zu dem denkbar billigsten Preise zuzuführen.

Konsumkomitees haben sich in den Bezirken Reinerz, Lewin, Straußeney und Hüders gebildet. Laut Reskript der Regierung wird ferner der Bahnbau durch die Weberdistrikte nach Nachod demnächst ausgeführt.

Dresdener Marktberichte vom 13. Februar per 100 Kilogr.

Table with 3 columns: gute, mittlere, geringe Waare. Rows include Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Kartoffeln, and Roggenstroh.

Schlesien.

Waldenburg. Ein großes Licht auf die grausame Willkür, denen die in Rettungshäusern, Waisenhäusern und dergleichen Anstalten untergebrachten Kinder oft unterworfen sind, wird durch folgende Verhandlung geworfen, über welche das hiesige „Wochenblatt“ berichtet:

„Eine Verhandlung von besonderem Interesse betraf die der Beleidigung angeklagte und wegen Beleidigung bereits vorbestrafte Fabrikarbeiterin, unverehelichte Marie Jack, früher in Lannhausen, jetzt in Altmasser wohnhaft. Der Sachverhalt war folgender: Unter dem 27. Mai v. J. hatte die Angeklagte an den Landeshauptmann in Breslau ein Bitigesuch um Begnadigung ihrer beiden auf Anordnung des Gemeinde-Vorstehers von Lannhausen in dem Kreis-Rettungshause in Ober-Hermesdorf untergebrachten Kinder Marie und Hermann Jack und Anfang Juni desselben Jahres, als ihr dasselbe remittiert worden, an den Kreis-ausschuß in Waldenburg eingeschickt. In diesem Schriftstück beschuldigte die Angeklagte den Rettungshausverwalter Scholz von Ober-Hermesdorf der wiederholten Mißhandlung ihrer beiden Kinder unter Anwendung einer sogenannten Prügelmaschine. Wie in dem qu. Schriftstück des Weiteren ausgeführt worden, wurden die Kinder aufgeschlachtet, daß sie fest liegen bleiben mußten, dann wurde ein Rad gedreht, an welchem sich Lederriemen befanden, und diese Riemen hieben während des Drehens auf die entblößt daliegenden Kinder an. Die

Angeklagte hatte zu ihrer Verantwortung angeführt, daß ihre beiden Kinder solche wiederholt erlittenen Mißhandlungen ihr selbst erzählt hätten. Die Beweisaufnahme hatte aber ergeben, daß eine solche Prügelmaschine dort gar nicht existiere, und die Angeklagte von ihren Kindern demnach belogen worden war. Aus der Vernehmung der beiden Mädchen Jack und Caspar ging aber im Uebrigen mit Bestimmtheit hervor, daß sie von dem p. Scholz mittelst einer Klopppeitsche auf ihre entblößten Hinterteile wiederholt geschlagen und während der Dauer dieser Züchtigungen von je 4 Knaben in der Schwere gehalten worden seien, welche Mit von Züchtigungen, namentlich gegen Mädchen, dem erschiedenen Zeugen Scholz gegenüber von dem Herrn Vorsitzenden nicht gut geheßen worden. Nach Schluß der stattgefundenen Beweisaufnahme wurde dem Antrag des Herrn Staatsanwalt gemäß gegen die Angeklagte deshalb auf Freisprechung erkannt, weil ihr der Nachweis dafür, daß sie in dem qu. Schriftstück wider besseres Wissen eine falsche Tatsache behauptet und weiter verbreitet, nicht habe erbracht werden können und dasselbe sonstige Beleidigungen außerdem auch nicht enthalten habe.“

So der Bericht. Nun die Frau ist von der Strafe, die ihr nur wegen Betätigung ihres Mutterrechtes drohte, freigekommen, aber wird man nun dem Herrn Verwalter, diesem Prügelpädagogen, sein Handwerk legen? Leider ist es ja bei uns üblich, wenn eine Privatperson über die Ausschreitungen eines Beamten bei der Behörde beschwert, daß nicht etwa von diesen Untersuchungen des Falles angeordnet werden, sondern daß sofort gegen den Beschwerdeführer eine Beleidigungslage angestrengt wird. In dieser ist er der Angeklagte, seine Aussagen gelten also gar nichts. Der von ihm Beschuldigte ist Zeuge und wird eidlich vernommen. Sicher ist dem Angeklagten dann eine Strafe, wenn er nicht haarscharf auch durch andere Zeugen die Wahrheit seiner Behauptungen nachweist. In dem obigen Falle gelang es ja der beschwerdeführenden Mutter, sich von dem Verdacht der Verleumdung zu reinigen. Nun ist zu hoffen, daß jener rohe Unteroffizier mit Zivilversorgungsschein, der seine Grausamkeit wahrscheinlich von der Militärzeit mitgebracht hat, von einer Stätte entfernt wird, wo seine Macht viel Schaden stiften kann.

Arbeiterbewegung.

Hamburg, 10. Februar. Die Lage der Ausgesperrten oder Streikenden hat sich hier am Plage bis jetzt im Großen und Ganzen wenig verändert.

Wenn von der arbeiterfeindlichen Presse in verschiedenen Hafenstädten bekannt gemacht wurde, daß der Streik der Heizer und Trimmer in Hamburg beendet sei, so muß der Verbreitung dieser Unwahrheit warnend entgegen getreten werden.

Die Aussperrung der Zigarrenmacher und Sortierer befindet sich, abgesehen von einigen wenigen Abtrünnigen, die jedoch nicht in Betracht kommen, noch im vollen Stadium.

Bemerkenswert ist noch, daß sich die ausübenden Organe der Polizei in Hamburg im Gegensatz zum vorigen Jahre bei den Überführern und Maurern bis jetzt gegenüber den Tabakarbeitern durchaus nicht angreifbar verhalten.

Hamburg, 11. Februar. In einer Versammlung der Zigarrenarbeiter wurde nach längerer Debatte über die Frage der Fortführung des Ausstandes beschlossen, es solle einem jeden anheim gestellt bleiben, den Revers des Vereins der Zigarrenfabrikanten vom Jahre 1890 zu unterschreiben. Gleichzeitig wurde beschlossen, die seit längerem geplante Produktiv-Genossenschaft der Zigarrenarbeiter und Sortierer sofort ins Leben treten zu lassen.

New-York, 11. Februar (Telegramm des „Verold“) Im ganzen südwestlichen Kohlengebiet Pennsylvania's ist ein Streik ausgebrochen. 15000 Arbeiter feiern. Die Kohlenöfen mußten in Folge dessen ausgeblasen werden. Die Grubenbesitzer erklärten die geforderte Lohnerhöhung für unmöglich; im Gegenteil erfordere der schlechte Geschäftsgang eine Lohnerabiegung von 10 pSt. Man befürchtet großes Elend in der Bevölkerung.

Dermisches.

Ein Arzt in Paris, der einen sehr reichen Patienten durch den Tod verloren, erhielt einige Tage darauf eine Schachtel und fand bei Eröffnen derselben darin eine goldene Tabatière und auf der innern Seite des Deckels die folgenden Worte eingraviert: „Dem Herrn Doktor . . . die dankbaren Erben des entschlafenen Rentiers . . .“ Geüht lagte er zu seiner Gattin: „Siehst Du, daß nicht immer Umdank der Welt Lohn ist?“

Unfreiwillige Romil. Vom Kater: „Die Chinesen hatten einst eine ungewöhnlich hohe Kulturstufe erreicht, aber in Folge ihrer Abschließung gegen die übrige Welt blieben sie in ihrer Entwicklung stehen und sind nicht weiter gekommen, als bis zum heutigen Tage.“ (Deutsche Wespen.)

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 12. Februar.

Heirats-Ankündigungen I. Kaufmann Meyer Rosenberg, jüdisch, zu Maggonn, und Ella Lomnik, jüd., Carlstraße 27. — Arbeiter Carl Kottner, kath., Bergstr. 1, und Bertha Feichtinger, geb. Deichsel, ev., daselbst. — II. Weichensteller Wilhelm Marx, ev., Neue Lauengasse 8 a, und Bertha Schmitt, ev., Klosterstraße 60. — III. Köpfer Josef Mann, kath., Klosterstraße 83a, und Louise Nicolaus, ev., Uferstraße 44. — Fahrarbeiter Arthur Raschel, kath., Al. Scheinigerstraße 25, und Anna Trunk, ev., daselbst.

Geburts-Ankündigungen I. Kaufmann August Jätske, ev., mit Iba Stephan, ev., hier. — Kellner Robert Jaroslawsky, kath., mit Emma Benkmann, ref., hier. — Victualienhändler Paul Schreier, kath., mit Anna Karie, kath., hier. — I. Glendreher Wilhelm Schröder, ev., mit Helene Borczyk, kath., hier. — Schornsteinfeger Oskar Müller, ev., mit Agnes Engel, ev., hier. — Lagerhalter Wilhelm Urbagka, kath., mit Ros. Fergol, kath., hier. — Korbmacher G. Bodsch, ev., mit Selma Ulorich, kath., hier. — Kürschner David Nathan, mos., zu Stein, und Charl. Thon, mos., hier. — III. Koch Max Köhler, kath., mit Anna Kemig, ev., hier. — Schiffseigner August Siegfert, ev., mit Marie Heintzel, ev., hier.

Todesfälle I. Gertrud, E. des Drechslers Hermann Bergander, 4 J. — Bruno, S. des Friseurs Arthur Hoeh, 7 J. — Arbeiterfrau Anna Müller, geb. Dinter, 88 J. — Arbeiter-Wittwe Magdalena Weiß, geb. Brandt, 64 J. — Haushälterin Marie Neumann, geb. Christoph, 42 J. — Müllers-Wittwe Louise Kraus, geb. Boffog, 55 J. — Kammerwärters-Wittwe Julie Schuber, geb. John, 81 J. — Zimmerweibersfrau Dorothea Jakob, geb. Barisch, 58 J. — Michael, S. des Haushälters Michael Sanger, 9 M. — Arbeiterin Maria Becke, 63 J. — Kärntnersfrau Christiane Volkmann, geb. Stephan, 50 J. — Carl, S. des Lacerantenwärters Ernst Komog, 11 J. — Martha, E. des Arbeiters Gustav Schreiber, 7 1/2 Stunden — Arbeiter Wilhelm Hoffmann, 70 J. — Paul, S. des Kutschers Gustav Bräuner, 1 M. — II. Haushälter Wilhelm Grüner, 39 J. — Oberst a. D. Gustav Arant, 71 J. — Georg, S. des Lehrers Otto Sonnenfalk, 4 M. — Friseur Gustav Mittel, 41 J. — Marie, E. des Schmieds Robert Barisch, 3 J. — Kutschers-Wittwe Rosina Garblich, geb. Herzberg, 91 J. — Postunterbeamter Bruno Tropp, 45 J. Hilfsdiener Emil Köder, 27 J. — Jule, E. des Kaufmanns Max Reimann, 5 M. — Max, S. des Hilfsbreimers Paul Goßmann, 1 J. 4 M. — Arbeiter Gottlieb Peter, 66 J. — Lehrers-Wittwe Henriette Gahn, geb. Buss, 76 J. — Arbeiterin Johanna Gregor, 69 J. — Strickerin Amalie Renner, 30 J. — III. Topier-Wittwe Johanna Holmann, geb. Hasche, 68 J. — Rudolf, S. des Mechanikers Rudolf Knick 8 St. Alfred, S. des Korbmachers Robert Spiller, 1 J. — Estriede, E. des Schneiders Franz Kobl, 4 M.

Vom 13. Februar.

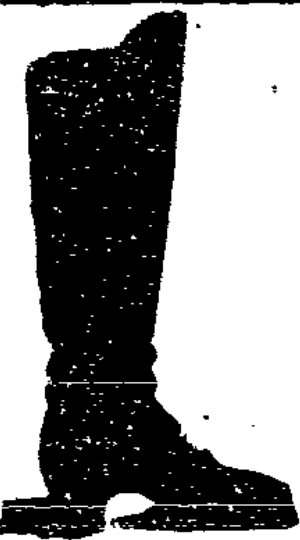
Heirats-Ankündigungen I. Vergolder Max Schirm, ev., Schussbrücke 18, und Martha Krause, ev., Sternstraße 11. — Hilfsbremser Wilhelm Gröblich, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 5, und Auguste Kilmann, ev., Kirchstraße 12a. — II. Kleienbaumeister Wilh. Stein, ev., Louisenplatz 4, und Mar. May, ev., Albalberstraße 7. — Kaufmann Carl Wofes, mos., Holteitstraße 84, und Laura Kohn, mos., Pefern. — III. Schlosser Oswald Vogel, ev., Al. Steunigerstraße 48, und Martha Wainwald, kath., Brigittenal 28. — Scheidlichkeiten I. Schiffseigner Carl Feind, ev., mit Anna Reinholz, kath., hier. — II. Glendreher Jos. Herrmann, kath., mit Maria Luksattel, ev., hier. — Schlosser Franz Seibel, kath., mit Martha Jhm, kath., hier. — Richter Aug. Bergel, ev., mit Aug. Reugart, ev., hier. — Haushälter Friedr. Lumma, ev., mit Christ. Krause, ev., hier. — Zimmermann Carl Hasche, kath., mit Carol. Grimm, ev., hier. — II. Sattler Paul Jajder, kath., mit Anna Uebel, kath., hier. — Klemmer Karl Bieweg, ev., mit Anna Welsch, geb. Lirok, kath., hier.

Briefkasten.

Grundriss-Recherchen R. N. Wir sind der Ansicht, daß es das Beste wäre, wenn die Langsteuer (ezahl) wird; i



**Große Volksversammlung!**  
 Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr,  
 im „Seelöwen“, Uferstraße 45  
 Referent H. Stolpe-Grünberg.  
 Auch Frauen sind hierzu eingeladen. Der Zutritt ist gegen Zahlung  
 von 10 Pf. Jedermann gestattet.



**Herrmann Scholz,**  
 Schuhmachermeister,  
 Breslau, Altbücher-Ohle 15.  
 Lager fertiger  
**Schuhwaren**  
 für Herren, Damen und Kinder.  
 Anfertigung rationaler und moderner Fuß-  
 bekleidung nach Maß.  
 Reparaturen prompt u. billig.

**Fachverein der Tischler.**  
 Sonnabend, den 21. Februar:

**Großes Narrenfest**  
 (maskirt und unmaskirt)

im Schießwerder.

Zur Aufführung gelangt u. A.: „Das Fest des Saturn in Peking.“  
 Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse der Schuhmacher.**

**General-Versammlung**

Sonntag, den 22. Februar, Nachmittags 4 Uhr  
 im Stadthauskeller.

Tages-Ordnung.

1. Abnahme der Jahres-Rechnung pro 1890.
2. Wahl der Kranken-Controleure.
3. Definitive Genehmigung des Gehalts für den Rentanten.

**A. E. Schmidt,**

Schuhmachermeister

Breslau, Hummerlei 7

(Schuh-Laden von der Schweidnitzer-Straße) |  
 empfiehlt sein Atelier zur Anfertigung



**orthopädischer u. rationaler  
 Fußbekleidung.**

Insbesonders für anomale Füße und verkrüppelte Beine  
 event. nach Centur oder Gipsabdruck.

Ferner sein reichhaltiges Lager selbstgefertigter Normal-Fuß-  
 bekleidung aus nur bestem Material zu den billigsten Preisen  
 für Herren, Damen und Kinder.

Zur Saison empfehle:

prachtvolle Ballschuhe in jedem Sortiment  
 von M. 3,50 an.

Unserm Freunde Franz Nidtel in  
 Ober-Waldenburg zu seinem  
 35. Geburtstage  
 ein „donnerndes Hoch“ von seinen  
 Waldenburger Freunden.

Sonnabend, den 14. d. M. Abends  
**Ein Schloffer**

Rüster, Schumann 28 (Bahof).

(Fachvereinsmitglied) erhält Beschäfti-  
 gung. Wo sagt die Exped. d. Bl.

**Hausbrot**

4 1/2 Pfd. 50 Pfg.

offerirt

**Ernst Grabolle,**  
 Lowaldstrasse 13.

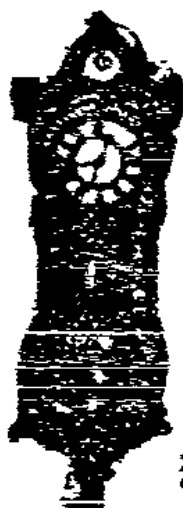
**Sumatra,**

gute, weißbrennende Decken,  
 à Pf. 1.80 Mark bis 5.00 Mark,  
**staubfreien Grus,**

à Pf. 50 Pf., à Str. 45 Mark, sowie  
 sämtliche Rohtabake,  
 zu billigsten Preisen offerirt

**Johannes Kubis,**  
 Eisenauplatz 1.

**Gelegenheitskauf!**



Großer  
 Goldene Damen-  
 Schlüssel Uhren,  
 15 Mark an,  
 Goldene Damen-  
 Remont-Uhren,  
 24 Mark an,  
 Alte silberne  
 Schlüssel-Uhren  
 6 Mark an,  
 Schlag-Regulator,  
 18 Mark an,  
 Sch-Regulator,  
 15 Mark,  
 Reise-Wecker 5 Mk.  
 sowie alle Arten

**Wand-Uhren**

empfehle zu billigen Preisen unter  
 2-jähriger Garantie.

Großes Lager von  
 Gold- und Silber-Sachen,  
 Ringe, Medaillons, Garnituren,  
 Kreuze, goldene Trauringe  
 von 6 Mk. an u. j. w.

Auch werden alte Uhren, Gold-  
 und Silber-Sachen gekauft und  
 selbige mit in Zahlung genommen.

Wiedervorkäufer hohen Rabatt.

**Josef Klein,**

Kupfer-Schmiedestr. 37 u. 18.

**Eine Partie**

Creasleinen, Tischwäsche,  
 Handtücher, Taschentücher,  
 Bettbezüge, Gardinen  
 durch Ersparnis der Ladenmiete  
 anfallend billig.

**H. Riedel,**

aus Weilan-Gnadenfrei  
 jetzt nur Breslau,  
 Schweidnitzerstr. 46, I. Etg.  
 neben Langosch.

**J. Güttler, Uhrmacher,**  
 42 Breitestraße 42.

Lager aller Gatt-  
 ungen Uhren,  
 Ketten, Gold-,  
 Granat-, Co. all n-  
 Waaren und Ringe  
 in großer Auswahl  
 mit Garantie  
 zu billigsten  
 Preisen.

Reparaturen reell  
 und billig.

**J. Güttler**  
 Uhrmacher,  
 42 Breitestr. 42.



**R. Glemnitz, Schuhmachermeister.**

hat sich

**Schmiedebrücke 47**

etabliert und empfiehlt sein Lager selbstgefertigter

**Schuhe und Stiefeln**

zu billigsten Preisen. Bestellungen nach  
 Maß, sowie Reparaturen in kurzer  
 Zeit in eigener Werkstatt.



**Max Schindler,**

**Tapezierer und Decorateur,**

Breslau, Kirchstrasse No. 22, 1. und 2. Etage  
 empfiehlt sein großes Lager Möbel, Spiegel, und selbstgefertigter  
 Polsterwaaren, Möbelstoffe, Portieren, Teppiche, Tischdecken,  
 Decorations-Artikel u. s. w.

Uebnahme completer Ausstattungen und Wohnungs-Einrichtungen zu  
 vollen Preisen unter Garantie geschmackvoller solider Ausführung.

**Hochfeine**

**Cigarren,**

3 St. 10 Pf., 100 St. 3 Mk.

empfehlen

**Louis Schröter**

Friedrichstr. 64,

vis-à-vis der Zimmerstr.

**Gustav Nowak**

Friedrich-Wilhelm-Straße 76

Ecke Königsplatz 2. Stock,  
 empfiehlt sein großes Lager in Osten  
 mit Control-Mark, Regenschirme,  
 Mägen für Herren, Knaben u. Kinder,  
 Fußschuhe, S. n. Schuhe, Dosen-  
 träger, Herrenwäsche u.

**Panicke's Buchdruckerei**

mit Schnellpressenbetrieb  
 Ohlauer-Strasse 47 u. d. N. Gasse  
 leistungsfähig  
 für alle Arbeiten  
 billigst. Preisen

**Arbeiter**

kaufen am billigsten in nur reeller  
 Waare bei

**P. Knopf**

Gräbischenerstraße 25,

Ecke Holteistraße,

Arbeiter-Sachen, wie Hamburger

Federhosen, Eskimo-Hemden,

blaue Blousen,

in nur dauerhafter Arbeit.

**Confirmationskleider,**

Kragen und Tücher, Herren-

garderobe, Damen- und

Kinderkleider, Schnittwaaren,

sowie Herren- und Damen- und  
 Kinderwäsche zu anerkannt billigsten  
 Preisen.

**P. Knopf,**

Gräbischener-Straße 25

Ecke Holteistraße.

**Speise-Kartoffeln**

schön mehlig, per Ctr. 3 Mk. bei

**K. Kahlert**

Gränzelplatz Nr. 3.

**!! Arbeiter !!**

kaufen Wolle Hemden für 1 Mk.  
 Arbeits-hosen von 2.50-7.- Mk.  
 Jacken, Blousen, Kravaten,  
 Damen- und Kinderkleider  
 reell, dauerhaft und billig nur bei  
**H. Glauer,** Friedrichstraße 51  
 vis-à-vis Gorbstraße.

**Socialdemokratisches  
 Liederbuch**

von Max Kegel  
 ist wieder vorrätig in der  
 Exped. d. Schl. Volksw.

**Ausverkauf!**

Die durch den Um-  
 zug nur wenig be-  
 schädigten Waren

werden von heut ab zu erkannend  
 billigen Preisen ausverkauft.

Besonders hervorzuheben sind:  
 480 Mtr. reinwollene Kleider-  
 Stoffe, zu Roben langend, 320 Mtr.  
 Tücher zu Herren- u. Knaben.

Zuzügen, 400 Paar Damen-Winter-  
 und Sommer-Handschuhe, Satin-  
 Cattans, Sammet- und Seidenplüsch-  
 Reste, alles zu noch nie dagewesenen  
 billigen Preisen.

Es versäume daher Niemand, die so  
 günstige Gelegenheit wahrzunehmen, da  
 der Ausverkauf nur wenige Tage  
 dauert und gehe in

**J. Silber's**

Reisehandlung,

früher Albrechtsstraße 43, jetzt  
 49 I, Albrechtsstr. 49 I.

**Der wahre Jakob.**

Illustrirtes socialdemokratisches Wählblatt.

No. 119

ist erschienen.

**Preis 10 Pfg.**

Zu beziehen durch  
 die Colporteurs, sowie durch die Expedition  
 dieses Blattes.

**Möbel-Tischlerei**

und Lager selbstgefertigter Möbel in allen Holzarten, billigerer  
 Ausführung und soliden Preisen  
 empfehlen

**C. Florian & E. Blase,**

Tischlermeister.

Friedrich-Carlstrasse 13 u. Kupferschmiede-Strasse 11

**Mitglieder-Versammlung**

des Fach-Vereins der Maurer Breslaus

Mittwoch, den 18. Februar, Abends 7 Uhr

im Vereinslokale Bitterplatz No. 9.

Rechnungslegung und Vorstandswahl. — Retirende Mitglieder werden er-  
 sucht, ihre Beiträge zu begleichen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
 Der Vorstand.